Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 29. Juni bis 5. Juli 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstr. 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 152 | Mittwoch, 2. Juli 1924 | 31. Jahrgang

Der Geldbeutel des Reiches.

Warnung vor jeder Illusion!

Dr. L. Lübeck, 2. Juli.

Zwei Dinge beschäftigen zurzeit die deutsche Oeffentlichkeit sehr eindringlich: die Debatte über die Aufwertung und die Frage einer generellen Steuerstundung. An beiden sind die Wirtschaftskreise naturgemäß mit starkem Eigeninteresse beteiligt.

Seit je sind diese Wirtschaftskreise sehr leicht geneigt, ihr Sonderinteresse mit dem Allgemeininteresse gleichzustellen. Woraus dann alle möglichen Forderungen sich ergeben, die leider auch die Politik der verschiedenen bürgerlichen Parteien entscheidend zu beeinflussen pflegen. In diesen verhängnisvollen Zusammenhängen liegen die Gründe für die unsinnige Inflation, für den Steuerschwindel der letzten Jahre und damit für den völligen Zusammenbruch unserer Währung und unserer Kaufkraft.

Kurz zusammengefaßt: die deutsche Politik der letzten zwei Jahre, im wesentlichen seit dem Abgang Wirths, war hauptsächlich beeinflußt von den Wünschen der Wirtschaft. Das Interesse des Reiches kam erst in letzter, in allerletzter Linie.

Das mußte anders werden, und das ist auch anders geworden. Und selbst die berechtigsten Wünsche der Wirtschaft müssen zurückstehen hinter den Lebensinteressen des Staates, der deutschen Republik. Gewiß, der Wirtschaft mag diese neue Einstellung nicht passen, vielleicht Opfer von ihr verlangen bis an die letzte Grenze des Möglichen: aber — die Wirtschaft hat es nicht anders gewollt.

Es genügt heute nicht mehr, einfach die Debatte über allgemeine Steuerstundung zu eröffnen, oder Anträge über allgemeine Aufwertung einzubringen. Gleichzeitig sind auch die Voraussetzungen zu überprüfen, die auf Seiten der Reichsfinanzen, auf Seiten der Währung für eine Durchführung solcher Maßnahmen vorhanden sind.

Und — vor allen ausschweifenden Illusionen und Hoffnungen möchten wir warnen. Wer die Finanzlage des Reiches kennt, der wird bald 90 Prozent aller Hoffnungen auf irgend ein Entgegenkommen, oder irgend eine Erleichterung oder Besserung fahren lassen.

Wir werden in den nächsten Tagen unseren Standpunkt in der Aufwertungsfrage in besonderen Ausführungen klarstellen. Und für heute uns damit begnügen, die gefährliche Lage der deutschen Finanzen kurz herauszustellen. Besonders deshalb ist das nötig, weil man auf diesem Gebiet allerlei hoffnungsfreudige Aussprüche und Urteile hört. Besonders der scheinbar günstige Reichsbankausweis wird in diesem Zusammenhang immer wieder genannt.

Laut Reichsbankausweis betrug vor zehn Tagen das staatliche Guthaben 636 Millionen Goldmark. Davon gehören dem Reich 392 Millionen, das übrige sind Gelder der Länder und der staatlichen Betriebe.

Immerhin 392 Millionen! Doch eine ganz anständige Summe? Bei näherem Zusehen ändert sich aber das Bild; von diesen 392 Millionen sind 351 Millionen fremde Gelder.

Von diesen fremden Geldern sind 251 kurzfristig diskontierte Rentenmarkschatzwechsel, und 100 Millionen stellen einen vorläufig verlängerten Kredit der Rentenbank dar. Bekanntlich stellte die Rentenbank dem Reich 300 Millionen zur Verfügung, um das umlaufende Papiergeld einzulösen. Zu diesem Zweck genügten 200 Millionen, sodaß 100 Millionen übrig sind und über kurz oder lang an die Rentenbank zurückmüssen.

Die Rentenmarkschatzwechsel sind die zurzeit außerordentlich beliebte Geldanlage für flüssiges Geld mit ganz kurzer Leihfrist. Sie sind es gewesen, die in den letzten Monaten die Finanzen des Reiches gerettet haben, aber — jeden Tag können sie zur Rediskontierung zurückkommen. Sie sind also sehr schwankender Boden, sehr kurzfristiges fremdes Geld.

So bleibt von dem stolzen Guthaben nur ein wirklicher Kern übrig von rund 40 Millionen. Für einen Großbetrieb wie das Reich eine sehr ärmliche Summe. Das Reich der Vorkriegszeit hatte beinahe konstant einen eigenen Betriebsfond auf der Reichsbank von 600 Millionen. Nur zum Vergleich nennen wir diese Zahl.

Der zweite Einwand, mit dem die Wirtschaft ihre Ansprüche begründet, ist die Tatsache, daß bedeutend mehr Steuern eingehen, als der Voranschlag vorsah. Das ist richtig. Aber — auch die Ausgaben sind größer als der Voranschlag sie einstellte. Und zwar sind die Ausgaben bedeutend stärker gestiegen als die Einnahmen.

So groß ist der Unterschied, daß der Reichsfinanzminister den Vertretern der Fraktionen mitteilte, er rechne mit einem neuen Fehlbetrag bis 1. Oktober von rund 150 Millionen Goldmark. Ein Fehlbetrag, der mit ersten Einnahmen auf keine Weise zu decken ist, und der wohl oder übel wieder mit irgend welchem fremden Geld abgeglichen werden muß.

Die tatsächliche Lage der Reichsfinanzen ist also alles andere als günstig. Und wenn wir im ersten Halbjahr sozusagen mit einem blauen Auge davon gekommen sind, wenn das Reich sogar für 451 Millionen Mark Goldanleihe — beinahe 90 Prozent des Gesamtumlaufs — zurückkaufte, so ist das alles doch keine sehr positive Leistung. Denn in diesen sechs Monaten standen ja dem Reichsfinanzminister die bekannten 900 Millionen Rentenmarkkredite zur freien Verfügung, die er auch restlos zugesetzt hat.

Aus dieser Lage ergibt sich zweierlei. Weder kann das Reich unter den heutigen Umständen an eine Aufwertung der Kriegsanleihen usw. denken, ohne aufs neue die Währung preiszugeben. Noch kommt irgend eine generelle Steuerstundung für Landwirtschaft oder Industrie in Frage, sollen nicht die Reichsfinanzen von Grund aus erschüttert werden.

In diesem Zusammenhang machte der Reichsfinanzminister einen Ausspruch, den sich die Industrie merken möge: das Steuerzahlen ist eine Kunst, die die deutsche Wirtschaft wieder lernen müsse; denn sie habe sie im Laufe der letzten Jahre völlig verlernt. Und wenn die Wirtschaft glaube, daß sie aus den Ueberschüssen ihres Ertrages die Summe aufbringen könne, die das Reich brauche, so sei sie im Irrtum. Sie müsse unter allen Umständen auf die Substanz zurückgreifen.

Dieses Angreifen der Substanz sei schon deshalb nötig, weil Deutschland in vielen Branchen viel zu große Warenbestände habe, anstatt bei schnellem Umschlag das Geld schnell umlaufen zu lassen. (Z. B. treffe das auf die Tabakindustrie zu und auf das Textilgewerbe.) Die völlige Verarmung Deutschlands erfordere diese Umstellung auf engere und intensivere Bewirtschaftung.

In diesem Zusammenhang kann auch auf unsere passive Handelsbilanz verwiesen werden. In 4 Monaten beträgt der Fehlbetrag unseres Auslandhandels 1 Milliarde, d. h. wir führten für 1 Milliarde mehr Waren ein als aus. Auf die Dauer ein unmöglicher Zustand, der Devisenkredite in ganz unerschwinglicher Höhe erfordert. Als erste Maßnahme gegen diesen unleidlichen Zustand hat die Reichsbank dem Tabak- und auch dem Textilgewerbe jeden Kredit gesperrt.

Des deutschen Reiches Währung und seine Finanzen sind also eine Wanderung zwischen zwei Abgründen. Eine Wanderung auf einem Grat, der schmal nur ist, ganz schmal. Und jeder Schritt rechts wie links muß einen Absturz herbeiführen, einen Absturz, der viel schlimmer enden muß als der scheußliche Zusammenbruch im November vorigen Jahres.

Deshalb: Jede Hoffnung der Wirtschaft auf Neueinstellung muß trügerisch sein. Selbst wenn die Krise noch schärfer und schneidender wird, selbst wenn noch Tausende von Geschäften und Banken ihre Tore schließen müssen.

Und zweitens: Mögen auch die vielen Gläubiger des Reiches, die vielen Rentner usw. ihre Hoffnung auf Aufwertung ihrer Papierforderungen nicht allzu hoch spannen. Zu groß könnte ihre Enttäuschung werden. Und wie es sich mit der Aufwertung der Schulden der Industrie usw. verhält, das ist zurzeit noch völlig ungeklärt. Aber — wenn die Wirtschaft nicht einmal die Steuern bezahlen zu können vorgibt, was sollen dann die Aufwertungsanträge der Deutschnationalen usw.? Bluff nur? Wir finden, daß man auf diesem wirtschaftlich so einschneidenden Gebiet nicht bluffen und nicht heucheln soll. Nur das Aussprechen der Wahrheit kann hier weiterhelfen.

Wir werden, wie gesagt, auf die Aufwertungsfrage besonders zurückkommen.

Die bevorstehende Londoner Konferenz.

Die Zulassung Deutschlands.

SPD. London, 1. Juli. (Eig. Drahtb.)

Da inzwischen fast alle Staaten die Einladung zu der Londoner Konferenz angenommen haben, kann der Beginn der Verhandlungen am 16. Juli endgültig als gesichert gelten. Die Dauer der Konferenz wird in Regierungskreisen auf voraussichtlich mindestens zwei Wochen veranschlagt. Die britischen Dominien werden, um die Teilnehmerzahl der Konferenz nicht zu erhöhen, auf der Konferenz nicht vertreten sein. Ihre Interessen soll Macdonald vertreten. Er wird jedoch angesichts des in der letzten Zeit nachdrücklichst ausgesprochenen Wunsches nach aktiverer Mitbeteiligung der Dominien an der britischen Außenpolitik eine engere Verbindung zwischen den Vertretern der Dominien und dem Außenministerium herbeiführen. Die Form der Zulassung Deutschlands zur Konferenz ist noch nicht gefunden. Voraussichtlich wird der erste Teil der Konferenz ausschließlich mit Verhandlungen der Alliierten ausgefüllt. Nach erfolgter Einigung soll Deutschland eingeladen werden. Die Anwesenheit des deutschen Vertreters in London wird jedoch schon zu Beginn der Konferenz für zweckmäßig erachtet. In maßgebenden Kreisen wird auf das bestimmteste versichert, daß die Verhandlungen keinerlei ultimativen Charakter tragen sollen. Die Absicht, die Konferenz nur auf Beratungen über das Sachverständigengutachten zu beschränken, dürften nach der Auffassung maßgebender englischer Kreise große Schwierigkeiten entgegenstehen, da Frankreich deutlich seine Absicht zeige, die Frage der militärischen Sicherheiten und der Regelung der interalliierten Schulden auf der Konferenz verhandeln zu lassen.

Reform der Parlamentsarbeit.

Von Paul Löbe.

SPD. Nicht von einer Reform der guten Sitten oder des parlamentarischen Tones will ich hier sprechen; ob eine solche in diesem Reichstag überhaupt möglich ist, erscheint mir fraglich. Vorläufig spiegelt er die Krankheiten des Volksgemütes wieder, welche die Inflation im ganzen Mittelstande, die erschreckende Not der Arbeitslosigkeit in den Arbeitermassen hervorgerufen hat. Diese äußern sich eben nicht überall in stiller Ergebung, sondern oft in verzweifeltem Aufschreien und widerwärtigem Toben. Eine durchgreifende Kur gegen diese Krankheit ist nur durch die wirtschaftliche Sanierung möglich, womit natürlich nichts gegen die Bekämpfung ihrer Symptome, der giftigen Bosheit und der entehrenden Roheit gesagt werden soll.

Hier aber soll über die Methoden gesprochen werden, unter denen das Parlament seine eigenen Arbeiten am rationellsten vollbringt. Daß die Mühle des Parlaments laut klappert und zu wenig Mehl gibt, ist ein oft wiederkehrender, nicht ganz ungerechter Vorwurf auch gegen den Deutschen Reichstag. Die letzte Ursache dazu liegt vielleicht in der ehemals rein kritisierenden Stellung der deutschen Parlamente, die weder die Quelle der Regierungsmacht noch die letzte und ausschlaggebende Instanz der Gesetzgebung waren und sich deshalb mehr aufs Räsonnieren und Parlieren beschränkten. Nach der Umwälzung, als zum ersten Male Volksschichten, denen bisher der Mund verschlossen war — man denke nur an die Beamten — ihrem Schmerze Luft machen konnten, wurde es zunächst noch schlimmer, nicht nur im Reichstag, in allen parlamentsartigen Gebilden.

Aus stundenlangen, wohlvorbereiteten, meist nicht viel Neues enthaltenden Reden wieder zu wirklichen Debatten, lebendigen Auseinandersetzungen und vor allem raschen Entschlüssen zu kommen — das ist das Problem, welches nach der Uebergangszeit die deutschen Parlamente zu lösen haben, und im Reichstag sind die ersten Anläufe dazu genommen, ohne daß die Oeffentlichkeit viel davon gemerkt hat, sie steht noch ganz unter dem Eindruck der früheren Langeweile.

Seitdem durch eine neue Geschäftsordnung des Reichstages vom 12. Dezember 1922 die Redezeit auf eine Stunde beschränkt ist, sind diese Dauer überschreitende Reden nur noch in wenigen Ausnahmefällen gehalten worden. Die Zwei- und Dreistundenrede gehört der Vergangenheit an. Dagegen hat sich bald herausgestellt, daß die eine Stunde zur Maximal-Redezeit wurde, die eine ganze Anzahl Redner nicht mehr in Anspruch nahm. So konnte der neue Reichstag dazu übergehen, für bestimmte Fragen und Spezialgebiete die Redezeit auf ¾ Stunden (bei der Debatte über die Not der Landwirtschaft), auf eine halbe Stunde (bei der Aussprache über die Aufwertungsfrage) und auf zwanzig Minuten (Einsetzung einer Kommission für Betreuung der Geschädigten aus dem besetzten Gebiet) zu beschränken. Der Reichstag ging sogar noch weiter, er überließ es zum ersten Male den Parteien, innerhalb der Redezeit von 45 Minuten mehr als einen Redner zu Worte kommen zu lassen, also die Rededauer des Einzelnen noch weiter zu verkürzen.

Dieser Anlauf zu kurzen Reden ist mehr als eine Aeußerlichkeit, mehr als eine bloße Zeitersparnis. Er ermöglicht erstens einer viel größeren Zahl von Parlamentariern eine sichtbare und praktische Mitwirkung auch im Plenum des Hauses, was bisher in großen Fraktionen der Hälfte ihrer Mitglieder versagt blieb. Das löste natürlich ein Gefühl der Unzufriedenheit aus und kann auch ein sachlicher Verlust sein. Die Unzufriedenheit wurde bestärkt, weil nach dem bisherigen Verfahren kleine Fraktionen mit 15 bis 20 Mitgliedern und fraktionslose Gruppen mit einem gleichen Redeanspruch jedes ihrer Mitglieder ins Gefecht führen konnten und im Verhältnis sechs- bis zehnmal soviel Anwartschaft auf Mitwirkung im Reichstagsplenum hatte, als die Mitglieder der großen Fraktionen.

Vor allem aber drohten die polemischen Auseinandersetzungen überhaupt zu erstarren. Wer hört sich Tag für Tag vielstündige Reden an, ohne zu ermüden? Ganz ausgestorben schien der frischfröhliche Redekampf von Mann zu Mann, der höchstens in persönlichen Bemerkungen wieder auflebte, ganz selten aber in den wohlpräparierten sachlichen Reden. Der eigentliche Sinn des Parlaments, der frische Kampf der Geister um den rechten Weg, ging so zum Teil verloren und die langstiligen Reden bildeten auch noch ein Hindernis rascher Entschlüsse. Die sorgfältige Vorbereitung in den Kommissionen allerdings auch während dieser Zeit soll nicht geleugnet werden. In den Kommissionen ruht auch in Zukunft die wesentliche Spezialarbeit, aber es ist verständlich, daß der tüchtige Parlamentarier sich nicht vier Jahre lang in diesem unsichtbaren Gremium vergraben lassen will und daß er seine in den Kommissionen betätigte Fachkenntnis auch bei der letzten Gestaltung des Gesetzes in der Vollversammlung zum Ausdruck bringen will, was nur bei der Beschränkung der Rededauer möglich ist.

Durch eine Zusammenfassung gleichgearteter Gegenstände wird weiter eine starke Konzentration der parlamentarischen Arbeit möglich sein. Auch dazu ist ein erfolgversprechender Anlauf genommen. Am 24. Juni hat das Plenum 8 Anträge, die sich auf politische Rechte, Ausnahmezustand und Amnestie bezogen, besprochen und an die Kommission schicken können. Am nächsten wurden 31 Anträge, die Beamtenfragen betrafen, für die Ausschußberatung fertiggestellt, am dritten nicht weniger als 45 sozialpolitische Anträge, die sich mit den Bezügen der Erwerbslosen, der Kriegsverletzten, der Sozialrentner befaßten und nun in rascher Ausschußarbeit ihrer Erledigung zugeführt werden können.

ten, am vierten Tage wurden 28 Anträge, die die Not der Landwirtschaft, die Rechte der Landarbeiter und den Weinbau betrafen, am Sonnabend schließlich 9 Anträge, die sich auf die Aufwertung bezogen, erledigt.

Ohne äußerliche Geschäftsordnungsänderungen ist also der Reichstag auf dem besten Wege, eine starke innere Konzentrierung seiner Arbeiten und eine Verlebendigung seiner Debatten herbeizuführen. Mit welchen Mitteln und zu welchem Ziele hier weiter gewirkt werden muß, das zu erläutern sei einem zweiten Artikel vorbehalten.

Herabsetzung des Kohlenpreises.

SPD. Essen, 1. Juli. (Eig. Drahtber.)

Das Ruhrkohlensyndikat hat am Dienstag beschlossen, die Kohlenpreise um 20 Prozent herabzusetzen. Eine Einschränkung der Förderung findet nicht statt. Die Herabsetzung der Kohlenpreise erfolgt in dem Bestreben, die verlorengegangenen Absatzgebiete zurückzugewinnen.

Die neuen Micumverträge.

Wieder ein Schritt vorwärts.

Die Erneuerung der Micumverträge, die jetzt beschlossen worden ist, erfolgte nur unter großen Schwierigkeiten. Indem die „Micum" sich zuletzt mit einer Befristung des Vertrages bis zum 1. Juli einverstanden erklärte, hatte sie selbst anerkannt, daß eine dauernde Regelung auf dieser Grundlage nicht möglich ist. Unter den gegebenen Umständen blieb zunächst nur eine Verlängerung der alten Verträge übrig. Die Verhandlungen mußten darauf gerichtet sein, diejenigen Erleichterungen zu erreichen, die bei der Gesamtlage noch zu erzielen waren. Das Ergebnis entspricht den deutschen Wünschen nicht, ist aber immerhin beachtenswert. Die „Micum" besteht nach wie vor auf der Lieferung von 1,7 Millionen Tonnen Kohle. Diese Lieferung würde an sich keine Schwierigkeiten machen, da zurzeit infolge der industriellen Absatzkrise ein Ueberfluß an Kohle herrscht. Aber die Kohlen müssen nach wie vor von den Werken bezahlt werden, die sich dazu außerstande erklärt haben. Eine Erleichterung erhalten die Werke durch die **Herabsetzung der Kohlensteuer um 50 Prozent pro Tonne.** Auch **die Verkehrssteuer, wie Zölle und sonstige Abgaben** wurden zurückwirkend vom 15. Juni ab **auf die Hälfte ermäßigt.** Die „Micum" hat endlich darauf verzichtet, auch für die Zeit der großen Bergarbeiteraussperrung im Monat Mai die vollen Kohlenmengen für sich in Anspruch zu nehmen. Sie hat ihre Forderung vielmehr auf 27 Prozent der tatsächlich erzielten Nutzförderung ermäßigt.

Die Erleichterungen, die hier aufgeführt sind, bedeuten eine Herabsetzung der Micumlasten für den Bergbau um 10 Prozent. Andererseits aber ist der Ruhrkohlenbergbau der Gefahr umfassender Stillegungen ausgesetzt, wenn es nicht gelingt, den Absatz zu heben. Das Kohlensyndikat ist also in der Zwangslage, seine Preise ermäßigen zu müssen, obwohl diese für einen großen Teil der Zechen ohnehin schon nicht mehr rentabel sind. Die Gefahr einer Ablehnung des Vertrages durch die Bergbauvertreter lag vor, wieder drohte das Chaos im Ruhrgebiet. Infolgedessen **erklärte sich die Reichsregierung bereit, wie sie mitteilen läßt, für den Monat Juli dem Bergbau 50 Prozent der von ihm aus dem Vertrag aufzubringenden Leistungen zu ersetzen,** nachdem davon die französische und belgische Regierung verständigt wurde. Dieser Schritt geschah in der Erkenntnis, daß alles daran gesetzt werden muß, die Durchführung des Sachverständigengutachtens zu ermöglichen und nicht in der Zwischenzeit neue Schwierigkeiten entstehen zu lassen. Die Regierung hat die Vergütung für den Monat Juli zugesagt und konnte sie in dieser Weise befristen, da das neue Abkommen 10 Tage vor Monatsende kündbar ist. Der Ruhrbergbau wird seine Preisermäßigung etwa in derselben Höhe halten, auf der sich die ihm durch „Micum" und Reich gewährten Erleichterungen bewegen.

Ideal ist diese Lösung nicht. Sie bürdet der Reichskasse Zahlungen auf, von denen man nicht weiß, ob sie aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Aber wir sollten bei der Beurteilung des Gesamtergebnisses auch nicht verkennen, daß wenigstens der erste Anlauf zu Milderungen wirtschaftlicher Natur gemacht worden ist. Sie wären sicherlich günstiger für Deutschland ausgefallen, wenn in Düsseldorf nicht Getreue Poincarés als Verhandlungsgegner gesessen hätten.

Ein Zuchthausurteil in Kassel.

Die Justiz im Dienste der Reaktion.

Vor dem Kasseler Schwurgericht wurde in dreitägiger Beratung der Meineidsprozeß Wittrock verhandelt. W. war angeklagt, in einem Prozeß gegen die Deutsche Kasseler Post wegen Beleidigung der sozialdemokratischen Stadträte die Eidespflicht verletzt zu haben, indem er die Verfasserschaft eines Gutachtens verleugnete, das in einem Wittrock betreffenden Wohnungstausch eine nebensächliche Rolle spielte. Wittrock, der damals die Existenz des Gutachtens verleugnete, erklärte im jetzigen Prozeß, er habe allerdings in einem vom Staatsanwalt veranstalteten Kreuzverhör gesagt, daß er sich an ein Gutachten nicht erinnern könnte; denn ein solches habe auch gar nicht vorgelegen, sondern was als Gutachten bezeichnet werde, das sei ein von ihm diktiertes Konzept, ein nur für ihn selbst bestimmt gewesenes Schreiben, aber ohne jede Bedeutung für den Wohnungstausch. Die Beweisaufnahme ergab auch, daß das „Gutachten" für die Wohnungsüberweisung des Wittrock tatsächlich in keiner Weise maßgebend gewesen ist. Selbst der Staatsanwalt gab das zu. Dennoch meinte er, es habe sich Wittrock im Kreuzverhör der Verfasserschaft erinnern müssen. Dadurch, daß Wittrock die Verfasserschaft leugnete, habe er mindestens die Wahrheit wissentlich verschwiegen. Deshalb sei eine Zuchthausstrafe von 2½ Jahren angemessen. Der Verteidiger legte dar, daß nach seiner Ueberzeugung es sich der Staatsanwalt sehr leicht gemacht habe, über die gefährliche Klippe der Anklage hinwegzukommen. Die Beweisaufnahme habe keine festen Anhaltspunkte dafür, daß dieser Mann in schuldiger Weise seine Eidespflicht verletzt habe, erbracht. Dennoch nahm das Geschworenengericht — 6 Geschworene, 3 gelehrte Richter — eine solche Verletzung an und kam nach stundenlanger Beratung zu der außerordentlich hohen Strafe von 2 Jahren Zuchthaus. Das Urteil erregt in Kassel, bis in die Kreise des Bürgertums hinein, berechtigtes, großes Aufsehen.

Vielleicht kommt man zu einem Verständnis des Urteils und der Psyche der Richter, wenn man sich vor Augen hält, wie die Rechtsparteien das Urteil sofort nutzbar zu machen suchen als einen Hebel zum Sturz des Oberbürgermeisters Scheidemann. Kaum war das Urteil gefällt, als auch schon die Führer der Rechten im Rathause den Zeitungsberichterstattern mitteilen ließen, sie würden den Rücktritt Scheidemanns fordern; denn er sei verantwortlich für die Korruption. So also soll die Karre geschoben werden!

Milde Richter.

Aber nur für streng-völkische Mörder.

Vor einem Berliner Schwurgericht hatte sich am Dienstag der 24jährige völkische Handlungsgehilfe Tepe wegen einer Mordtat zu verantworten, die er in der Nacht vor der Wahl in Köpenick an einem Arbeiter Gaedtke begangen hat. Tepe schoß Gaedtke nieder, als dieser Anstoß an der Bemalung der Häuser mit Hakenkreuzen nahm. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Das Urteil unterstreicht, daß sich der Angeklagte nicht einen Augenblick in Notwehr befunden hat.

*

Zwei Urteile am gleichen Tage. Ein sozialdemokratischer Stadtrat erhält für eine unkorrekte Zeugenaussage 2 Jahre Zuchthaus, ein völkischer Jüngling für das Niederknallen eines wehrlosen Arbeiters 1½ Jahre Gefängnis. Aber eine Klassenjustiz gibt es nicht in Deutschland!

Die Bergbaukrise.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages fordert in einem Antrag von dem Staatsministerium, den durch die Krise im Kali-, Braunkohlen- und Kupferschieferbergbau arbeitslos gewordenen Bergarbeitern seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, um im Benehmen mit der Reichsregierung dafür zu sorgen, daß der Beschäftigungsgrad in den bezeichneten Bergbauarten durch alle geeignet erscheinenden Maßnahmen gehoben wird und soweit dies nicht gelingt, für eine angemessene Unterbringungen der Erwerbslosen in anderen Wirtschaftszweigen Sorge zu tragen eventuell auch durch Inangriffnahme größerer Notstandsarbeiten (Mittellandkanal, Saalekanal, Ausfüllung von Bruch- und Abraumfeldern). Insbesondere wäre auch die Unterbringung von Erwerbslosen aus dem mitteldeutschen Bergbau in der Landwirtschaft ins Auge zu fassen.

*

Zu der ernsten Wirtschaftskrise im Mansfelder Bergbau erfahren wir aus Bergarbeiterkreisen, daß die augenblicklich geführten Verhandlungen zwischen den Behörden und Interessenten trotz der großen Schwierigkeiten Aussicht auf Erfolg haben und die Gefahr großer Stillegungen beseitigen werden.

Die Knappschaftswahlen im Ruhrgebiet.

Ein Weg der Vernunft über die radikalen Zellenbauer.

Bochum, 1. Juli.

Ueber die Knappschaftswahlen im Ruhrgebiet lagen bis Dienstagabend beim Bergarbeiterverband die Ergebnisse aus 537 Sprengeln vor. Es fehlen nur noch 20 kleinere Sprengel, die das Gesamtergebnis nicht mehr beeinflussen können. In den 537 Sprengeln haben Stimmen erhalten: der Deutsche (alte) Bergarbeiterverband 96 060, der Christliche Gewerkverein 49 843, die Unionisten 12 197, die Unionisten Gelsenkirchen 8072, die Unionisten Bochum 30 942, die Hirsch-Dunckerschen 2742, die Syndikalisten 1353, die Polen 3198, die Deutschnationalen 27. Dieses Resultat ergibt, daß der alte Bergarbeiterverband, der von rechts und von links in der wüstesten Weise bekämpft wurde, sich sehr gut geschlagen hat. Er konnte die Position, die er sich 1921 erworben hat, behaupten.

Die dritte Partei in Nordamerika.

Lafolette als Präsidentschaftskandidat.

Cleveland, 1. Juli.

Zahlreiche Abgeordnete der Sozialistischen Partei sowie der Farmer-Arbeiterpartei und sogenannte „Unabhängige" beginnen sich hier zu sammeln zu einer großen Konferenz, die Freitag ihren Anfang nimmt und auf der sich diese Parteien wahrscheinlich zu einer dritten großen Partei zusammenschließen werden, welche den Republikanern und den Demokraten im Wahlkampf die Spitze bieten soll. Die Stimmung zugunsten einer Nominierung des Senators Lafolette zum dritten Präsidentschaftskandidaten nimmt täglich zu.

Tolstoi vor der Moskauer Inquisition.

Schlimmer als unter dem Zaren.

Moskau, 28. Juni.

In Moskau wurde im Lenin-Klub in Anwesenheit zahlreicher proletarischer Richter und Schriftsteller an Tolstoi das Strafgericht vollzogen. Als Staatsanwalt fungierte Frau Krupskaja (Lenins Witwe), die „Verteidigung" führte in anderthalbstündiger Rede Lunatscharski. Nach kurzer Beratung verkündeten die Richter folgendes Urteil: Der seit 13 Jahren verstorbene, frühere Offizier der Zarenarmee, Edelmann und Gutsbesitzer, L. N. **Tolstoi hat sich schuldig gemacht der Verbreitung von Werken mit kleinbürgerlichen Anschauungen,** unter hartnäckigem Verschweigen **alles dessen, was in irgendeiner Beziehung zur Diktatur des Proletariats steht.** In Anbetracht des Umstandes jedoch, daß Tolstoi in einer Epoche bürgerlicher Kultur lebte und ihm **die großen Ideen des unvergeßlichen Iljitsch (Lenin) unbekannt blieben,** hat das Gericht ihm mildernde Umstände zugebilligt und beschlossen: 1. Entfernung seiner am meisten schädlichen Werke (Anna Karenina und Auferstehung) aus allen Bibliotheken. 2. Einstampfen dieser Werke. 3. Verwendung des eingestampften Papieres zur Herausgabe der Werke Lenins, Sinowjews, Bucharins und anderer Führer der Weltrevolution. Eine Berufung gegen dieses Urteil ist nicht zulässig. Die Versammelten gingen unter Absingung der „Internationale" und den Rufen „Nieder mit Tolstoi", „Es lebe Lenin" auseinander.

Politische Notizen.

Paris, 1. Juli. Havas meldet aus London, daß es für die britische Regierung in diesem Zeitpunkte unmöglich sei, den deutschen Vorschlag anzunehmen, die Militärkontrolle am 30. September endgültig einzustellen. Darin seien sich die britische und französische Regierung völlig einig. Die Kontrolle werde mit der Inspektion der Waffenfabriken beginnen.

*

Madrid, 1. Juli. **Die Riffkabylen in Marokko haben erneut einen Vorstoß gegen die spanischen Truppen unternommen.** Zwanzig europäische Soldaten der Spanier wurden als tot bezw. verwundet gemeldet. Um die spanischen Außenposten vor der Gefahr der Gefangennahme zu schützen, mußten die Spanier einen Gegenstoß machen, der ihnen abermals 30 Tote, darunter 4 Offiziere, kostete.

*

Washington, 1. Juli. **Der große Oelskandal** ist nun so weit geklärt, daß die Gerichte eingreifen können. Gegen den ehemaligen Innenminister Fall und die Oelmagnaten Sinclair, Doheny und dessen Sohn ist vom höchsten Gerichtshof Anklage weger Verschwörung gegen die Nationalverteidigung in Hinsicht auf die Gefährdung der Oelreserven der Kriegsmarine erhoben worden.

*

Tokio, 1. Juli. Die vom Mast der amerikanischen Botschaft wehende Flagge wurde von Demonstranten, die eine Kundgebung gegen Amerika veranstalteten, heuntergerissen. Man befürchtet, daß dieser neue Zwischenfall die **Spannung zwischen Amerika und Japan verschärfen wird.**

Friedrich Gottlieb Klopstock.

(Zu seinem 200. Geburtstage am 2. Juli.)

SPD. Ein Jubiläum wie der zweihundertste Geburtstag eines Dichters von gewisser literaturhistorischer Geltung zwingt die ganze Oeffentlichkeit wohl oder übel, sich der Bedeutung dieses Dichters bewußt zu werden. So wird auch in diesen Tagen der Ruhm Klopstocks neu erklingen und das bekannte, auch heute noch über den Einzelfall hinaus allgemeingültige Wort Lessings Recht behalten:

„Wer wird nicht einen Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? Nein!
Wir wollen weniger erhoben
Und fleißiger gelesen sein."

Wir wollen uns gar nicht verhehlen, daß Klopstock heute den breiten Massen des Volkes fremd ist. Eine Würdigung seiner Persönlichkeit kann im wesentlichen nur noch literaturgeschichtlichen Charakter haben. Gewiß enthält das Werk dieses Dichters manche unvergänglichen künstlerischen Reize, aber diese Reize erschließen sich vorwiegend nur noch Menschen mit einer sehr gepflegten ästhetischen Kultur. Das literarische Durchschnittspublikum wird heute bei den ungewohnten antiken Versmaßen, den zahlreichen, kaum noch verständlichen mythologischen Anspielungen, der vielfach lehrhaften Tendenz und dem häufigen, im Geschmack der Entstehungszeit begründeten Schwulst des Ausdruckes in Klopstocks Dichtung nicht mehr warm werden.

Die literaturgeschichtliche Bedeutung dieses Dichters steht gleichwohl für alle Zeiten unbestritten fest. Mit ihm beginnt das Zeitalter der modernen deutschen schönen Literatur. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war deutsche Dichtung, so weit man von ihr überhaupt sprechen kann, in ödester, äußerlicher Verdrechselei erstarrt, die aus sklavischer Beobachtung französischer Versschemata und Opitzscher poetischer „Regeln" entstand. Wo sich schüchtern eine gewisse Selbständigkeit hervorwagte, ragte sie, wie bei den sogenannten „Anakreontikern", nicht über eine spielerisch gefällige, flache Poesie des harmlos heiteren Lebensgenusses hinaus. Mit Erbitterung wehrte sich der strenge Leipziger Literaturpapst Gottsched gegen die in der Schweiz erwachende Opposition, die verkörpert durch Bodmer und Breitinger und ihre Jünger, nach englischem Vorbilde wieder Naturlaute in der Dichtung hören wollte. Klopstock hat diesen Ruf aufgenommen, dem hölzernen, holen Versgeklapper Gottscheds und seiner Schule die Fehde angesagt und als erster moderner Dichter echtestes, innerstes, lebendigstes Empfinden in eine schwelgerische Formpracht gegossen, die nur wahrer dichterischer Begnadung hat erblühen können.

Miltons Epos „Das verlorene Paradies" ist das Vorbild von Klopstocks größtem und dem Namen nach bekanntestem Werke, dem Epos in zwanzig Gesängen, „Der Messias", an dem der Dichter jahrzehntelang geschaffen hat. Der von dem Engländer gestalteten Geschichte des Sündenfalls der ersten Menschen steht hier die Passionsgeschichte des Neuen Testaments gegenüber, und Klopstock hat gerodezu, wie er in seiner Ode „Die beiden Musen" allegorisch ausdrückt, danach getrachtet, den Dichterruhm seines Vorgängers zu überstrahlen. In seiner Entstehungszeit hat „Der Messias" ungeheures Aufsehen erregt. Heute vermögen uns der Pietismus und die Weitschweifigkeit dieses Werkes kaum noch tiefer zu erregen. Immerhin enthält es Stellen von ewiger Schönheit, wie etwa die Charakteristik des gefallenen Engels Abbadona und der Römerin Portia, und entfaltet bisweilen, vor allem am Schlusse, einen hymnischen Schwung, der unwiderstehlich mitreißt.

Aus dem „Messias" wird offenbar, daß Klopstock mehr Lyriker als Epiniß ist. Ihren Höhepunkt erreicht seine Kunst deshalb in seinen Oden, besonders dort, wo er das antike Versmaß sprengt und die nüchternen Betrachtungen vermeidet, wie sich leider nur allzu oft in seine dichterische Anschauung drängen. Aus dem moralisierenden Zuge ist das Vorurteil entstanden, Klopstock sei zeitlebens ein weltabgewandter Asket und Tugendprediger gewesen. In Wirklichkeit huldigt der junge Klopstock einer gesunden Sinnenfreude von ähnlicher Ursprünglichkeit und Hingegebenheit wie später der junge Goethe, und aus tiefstem Herzensgrunde preist er in einer seiner herrlichsten Oden, dem „Züricher See", die „Göttin Freude" und den „entzückenden Mund der Liebe". Freilich kommt an andren Stellen auch seine sentimentalische Beschwertheit zum Ausdruck. Lebhaftes Naturgefühl und religiöse Innerlichkeit, bald schwärmerisch zart, bald glühend ekstatisch hervorbrechend, verleihen seinen Oden ihren Stimmungszauber, und die bilderreiche Sprache erhöht noch ihren Reiz. So mußte manche lyrische Perle Klopstocks den kongenialen Musiker zur Vertonung locken; so ist noch heute ein Gedicht wie „Das Rosenband" in der Vertonung von Schubert und der Auferstehungschoral in der grandiosen musikalischen Umkleidung von Gustav Mahler lebendig.

Am nächsten steht Klopstock unserer Zeit durch seine Beziehungen zur französischen Revolution. Sein freiheitlicher Sinn jubelt dem Volke zu, das — ein „hundertarmiger, hundertäugiger Riese" — den monarchischen Absolutismus abschüttelte und von dem „sogar das gräßlichste aller Ungeheuer, der Krieg, wird an die Kette gelegt!" In feurigen Oden preist er „Galliens Freiheit" als „des Jahrhunderts edelste Tat" und spornt das deutsche Volk zur Nacheiferung, und die französischen Revolutionäre haben ihm gleich Schiller mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts gedankt. Auch dem nordamerikanischen Befreiungskriege gilt seine Teilnahme, und es ist in unserer antisemitisch verrohten Zeit besonders bemerkenswert, daß er sich auch scharf dagegen wendet, „wie unser Pöbel Kanaans Volk entmenscht". Freilich bestimmt ihn auch seine Begeisterung für den „hohen Genius der Menschlichkeit" zu einem scharfen Verdammungsurteil über die jakobinische Schreckensherrschaft, in die die französische Revolution schließlich ausartet.

Klopstocks historische Bedeutung liegt in seiner Rolle als Vorläufer und Wegbereiter des Zeitalters unserer klassischen Dichtung. Mit dem Auftreten des jungen Goethe ist diese Rolle ausgespielt. Aber in so mancher Probe seiner Kunst ragt er noch in unverwelklicher Frische in unser Zeitalter, und in Oden wie beispielsweise der „Frühlingsfeier" mit ihrer dithyrambischen Ergriffenheit und der gewaltigen Wucht ihrer Rhythmik, von der auch Goethe und Schiller sich haben fortreißen lassen, erkennen wir eine überraschend nahe Verwandtschaft mit dem modernen Expressionismus. So behält dieser Dichter heute für uns über seine geschichtliche Bedeutung hinaus auch seinen künstlerischen Ewigkeitswert.

Dr. Wilhelm Bolze.

Oberschlesien.

Politische Betrachtung zur bevorstehenden Reichstagswahl.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl in Oberschlesien stellt die Grenzprovinz vor neue Reichstagswahlen. Wird der Ausfall der neuen Wahl eine Stärkung der republikanischen Kräfte zeigen? Nicht ohne Besorgnis blickt man nach dem Ausfall der letzten Wahl auf die republikanische Entwicklung Oberschlesiens. Es hat sich erwiesen, daß die letzten Jahre der politischen, wirtschaftlichen und nationalen Unsicherheit nicht so ganz spurlos an der Bevölkerung hier an der Grenze vorübergegangen sind. Daß Oberschlesien heute, politisch gesehen, ein krankes Glied am Reichsorganismus ist, haben wir einer falschen Behandlung zu verdanken, die niemals zielsicher und vernünftig war, immer zwischen ungerechter Prügel und Affenliebe schwankte. Die Folgen der falschen Behandlung aber können nicht in wenigen Wochen wieder beseitigt werden.

Das Stimmenverhältnis der letzten Wahl zeigte, wie schwach die republikanische Basis bei uns ist. Von einer überzeugten Treue für die neue Staatsform kann man eigentlich doch nur bei den Sozialdemokraten und vielleicht bei den Demokraten reden. Beide Parteien aber haben im ganzen von den etwa 570 000 abgegebenen Stimmen nur 37 000 erhalten. Ungefähr 198 000 Stimmen vereinigte das Zentrum auf sich. Nun ist freilich die Führung dieser Partei hier bei uns noch in der Hand des linken Flügels. Die Abgeordneten Ulitzka und Ehrhardt können **unbedingt als Anhänger der Republik angesehen** werden. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß ihre Gefolgschaft seit einigen Jahren abnimmt. Starke Widerstände findet der demokratische Pfarrer Ulitzka bei seinen eigenen Confrères, die überwiegend anderer Meinung sind. Allerdings sind die Herren klug genug aus Zweckmäßigkeit von einer Aenderung in der politischen Führung der Partei nicht zu reden.

Weniger vorsichtig ist man im agrarischen Teil des Zentrums, der vom Grafen Praschma geführt wird. Der Name ist schon ein Programm für sich, und die Mittel, die dieser Gruppe zur Verfügung stehen, sichern ihr einen immer stärker werdenden Einfluß in der Partei. Konnten die Herren es doch erst im vorigen Jahre wagen, den Reichstagsabgeordneten Zipper aus dem Landbund auszuschließen, weil er nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollte.

Ist also die Stellung des Zentrums bei uns zum mindesten zweifelhaft, so ist die Haltung der anderen Parteien ganz klar republikfeindlich. Die Rechtsparteien mit ihren mehr als 200 000 Stimmen haben dabei den Vorteil, einen weit stärkeren Stamm bewußter Wähler zu haben als die Kommunisten, die auch 130 000 Stimmen auf sich vereinigten. Hier haben sich alle Unzufriedenen zusammengefunden, weniger aus Ueberlegung, als aus politischer Unreife und Verbitterung.

Um die jetzige politische Stimmung bei uns richtig zu würdigen, muß man die Vorgeschichte der letzten Jahre prüfen. Sie erklärt manches, was den Bürgern im Reiche vielleicht unverständlich ist. Heute denkt man über manche Dinge ganz gewiß anders als 1918. Aber wenn schon Berlin damals ein Hexenkessel war, dann waren wir in Oberschlesien sicher noch weit schlimmer daran. Denn erstens sind wir ein gemischtsprachiges Volk, dessen staatliche Zugehörigkeit damals noch recht zweifelhaft war. Und zweitens bedingte schon die verschwommene Grenze eine starke Unsicherheit, hervorgerufen durch Abenteuernaturen. Und das färbte natürlich auch auf die politische Gesinnung der Bürger ab.

Dazu kam noch, daß unser Land aus den Unruhen nicht heraus kam. Die Unruhen aber erforderten Truppen, sie niederzuschlagen. Es waren sicher nicht die besten Knaben, die der Militärleitung aus aller Welt zuströmten. Die Baltikumer und die Brigade Löwenfeldt haben sich in Oberschlesien ein verdächtiges Denkmal gesetzt. **Je stärker aber die Unruhen, um so schwächer die Zivilgewalt in dem betroffenen Landstrich gegenüber den militärischen Stellen. Eine Binsenwahrheit,** von der auch Oberschlesien damals keine Ausnahme machte. Der General Höfer hatte eben mehr zu sagen als der Staatskommissar Hörsing. Die Verantwortung aber blieb beim Zivilbeamten.

Die Magnaten und Industrieherren Oberschlesiens verstanden es, hinter dem Rücken des Militärbefehlshabers und unter dem Schutze des ständigen Belagerungszustandes, kräftig für ihren Vorteil zu sorgen! Nichts ist in jenen Monaten geändert worden in der Zivilverwaltung. Kein Landrat flog, kein reaktionärer Bürgermeister oder Amtsvorsteher. Zu Dingen, die im Reiche und in Preußen beinahe selbstverständlich waren, fand man in Oberschlesien keine Zeit. Die Siedlungsfrage, die doch besonders brennend ist hier im Osten, wurde kaum angerührt. Und doch schrie sie geradezu nach der Lösung. Mehr als Dreiviertel des oberschlesischen Bodens ist in der Hand des Großgrundbesitzes, und davon gehört die Hälfte wieder etwa einem Dutzend Familien. Viele zehntausend kleine Landwirte aber müssen als Pächter diesen Großgrundbesitzern fronden. Die zweiten und dritten Söhne der kleinen Familien müssen sehen, wo sie in der Schwerindustrie ihr Unterkommen finden. Sie sehen ihre Familie die ganze Woche nicht, liegen in den Schlafhäusern der Gruben und Werke herum und kommen nur am Sonntag auf einige Stunden nach Hause, um ihren Verdienst abzuliefern und die Familie zu vermehren.

Es ist selbstverständlich, daß sich ausgerechnet dieser Großgrundbesitz besonders patriotisch geberdete. Er meinte es aber nicht ehrlich. Die Herren, deren Güter nach der Teilung vorwiegend in Polen liegen, haben sich meist recht gut umzustellen gewußt. Mancher tat das schon früher, wie der Graf Oppendorff. Andere, wie der Fürst Pleß, haben sich erst mit Begeisterung in feierlichen Proklamationen für Deutschland ausgesprochen. Heute heißen sie nicht Pleß, sondern Pszczyna, und sind ebenso gute Polen. Und das herrliche Bispiel von oben wirkte natürlich anfeuernd auch nach unten. Niemals sah eine Gegend mehr Schieber, Gauner und politische Abenteurer auf einem so kleinen Raum wie Oberschlesien in der Zeit der Besetzung durch die Interalliierte Kommission bis zur Abstimmung. Dazu kamen noch deutsche Selbstschützler und Bojowka polska, um das Elend voll zu machen.

Oberschlesien ist aber vor allem ein Arbeiterland. Die ganze Provinz lebt direkt oder indirekt von den Schloten, die im Hüttenrevier qualmen. Die ganze Bevölkerung fühlt aber auch den Druck, der auf ihr lastet, die ungeheure Macht der Besitzenden, die eher stärker geworden ist in den letzten Jahren. Sie lehnt sich dagegen auf. Es ist ein schlechter Trost für sie, daß auch drüben in Oberschlesien das Schwerkapital Trumpf ist. Der Arbeiter sehnt sich nach Freiheit und Brot, der Bauer nach Land. Beide erhofften etwas von der Republik und von uns, die wir ja schließlich mit Recht als die ehrlichsten Vertreter dieser Staatsform gelten. Beiden ist nicht alles gegeben worden, was sie erhofften. Sie haben das Vertrauen verloren. Und weil die hundertjährige Knechtschaft der oberschlesischen Bevölkerung beinahe jedes selbständige politische Denken verwehrte, lebt sie ganz instinktiv dem Augenblick, errafft jeden Vorteil, wo sie ihn findet und läuft jedem falschen Heiligen nach, der ihr ein neues Paradies verkündet. Sozialisten gab es immer sehr wenige bei uns.

Nur so erklärt sich der Scheinerfolg der Kommunisten bei der letzten Wahl. „Brot und Land", damit bestach man auch den kleinen Bauern in den Dörfern. Und die 60 000 Industriearbeiter, die aus den Dörfern ins Industriegebiet strömen und die unverdauten kommunistischen Phrasen am Sonntag daheim hinter dem Ofen oder in der Dorfschenke verzapfen, sind politisch zu wenig aufgeklärt. Daneben steht die Kirche als Rückgrat der Zentrumspartei ungebrochen da.

Nun gibt die Neuwahl unserer Partei Gelegenheit, etwas mehr Licht in diese dunkle Ecke zu tragen. Und schließlich muß es auch in Oberschlesien vorwärtsgehen!

Tunnel zwischen England und Frankreich.

London, 27. Juni.

Gestern mittag hat Ramsay Macdonald eine Deputation englischer Abgeordneter und Industrieller empfangen, die bei ihm darauf drangen, den Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Aermellanal nach Frankreich zu gestatten. Ramsay Macdonald sagte zu, daß der Reichsverteidigungsausschuß in der nächsten Woche unter seinem Vorsitz zusammentreten würde, um zu prüfen, ob ein derartiger Plan sich mit den Verteidigungsinteressen des Landes vertrage. Er habe sämtliche ehemaligen Ministerpräsidenten Englands gebeten, in beratender Eigenschaft dieser Sitzung des Verteidigungsausschusses beizuwohnen. Das Parlamentsmitglied Mrs. W. Hidringham forderte dringend den Bau des Tunnels, um die dauernden Schranken gegen die größere Freundschaft und das größere Einvernehmen zwischen England und Frankreich, das mit einer leichten Verbindung kommen würde, zu beseitigen. Das Parlamentsmitglied Viscount Curzon betonte, daß vom Standpunkte der nationalen Verteidigung Großbritannien nicht länger eine Insel sei. Macdonald sagte in seiner Erwiderung, man müsse zugeben, daß die Umstände sich innerhalb der letzten Jahre mit Bezug auf Fragen der Strategie sehr verändert hätten und daß die Luftwaffe eine große Entwicklung durchgemacht habe. Zu diesen Faktoren, die jetzt in Erwägung gezogen werden müßten, komme, daß bei der Entscheidung über den Bau des Kanaltunnels seiner direkten und indirekten Wirkung auf die Förderung von harmonischen Beziehungen zwischen Frankreich und England Rechnung getragen werden müsse. Er beabsichtige, selbst den Vorsitz im Ausschuß zu übernehmen, um zu zeigen, welch große Bedeutung die Regierung diesem Gegenstande beimesse. Er habe die in Betracht kommenden Minister gebeten, mit der Abordnung zusammenzutreffen, damit sie hören, was sie zu sagen habe.

Volkswirtschaft.

Die Wirkungen der deutschen Krise auf den Weltmarkt

treten immer mehr in Erscheinung, besonders sind die englischen Woll- usw Märkte arg betroffen. Die Bradforder Industrie, die seit langem so etwas wie ein Konjunkturbarometer abgibt, ist äußerst schwach beschäftigt. Die Ursache wird auf die finanzielle Krisis auf dem Kontinent zurückgeführt. Als Kernpunkt der ganzen Lage erscheint die Notwendigkeit, den europäischen Abnehmern, die immer großen Bedarf haben, ausreichend Kredite zu gewähren. Nur unter dieser Voraussetzung rechnet man damit, daß zu den bevorstehenden Londoner Wollauktionen kontinentale, insbesondere aber reichsdeutsche Käufer, in größerem Maße erscheinen werden.

Der gesamte Wollmarkt, die Industrie einbegriffen, macht zurzeit also eine empfindliche Krise durch und man erwartet eine Besserung nur in einer allgemeinen Währungsstabilisation, sowie in einer finanziellen Reorganisation Deutschlands. Hinzukommt noch, daß die Vereinigten Staaten zurzeit nicht in der Lage sind, als Käufer Hilfe zu gewähren, da sich ihre Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfabrikaten im Mai und in der ersten Hälfte des Juni weiter vermindert hat und zurzeit auch nicht mit einer wesentlichen Belebung zu rechnen ist.

Der Status der Reichsbank

hat sich, wie der Ausweis vom 23. Juni beweist, weiter verbessert. Die Gesamtkapitalsanlage verringerte sich um 95,1 Millionen auf 2045,4 Millionen. Damit ist ein außerordentlich starker Rückfluß der Darlehn zu verzeichnen. Im Zusammenhange mit den Veränderungen der Anlagekosten steht ein neuer Rückgang des Zahlungsmittelumlaufs. Der Umlauf an Reichsbanknoten nahm um 32,2 auf 891,3 Millionen Mark, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 61 auf etwa 1575 Millionen Rentenmark ab. Die fremden Gelder sind insgesamt um 70,1 auf 1071,7 Trillionen Mark gewachsen. Der Goldbestand weist eine neue Zunahme um 14,2 auf 462,2 Millionen Goldmark auf. Infolge Rückzahlung eines Darlehns im Auslande wurde das dafür als Sicherheit hinterlegte Gold frei. Ferner bot sich Gelegenheit, ein Valutaguthaben im Auslande in Gold umzuwandeln. Das unbelastete Golddepot bei ausländischen Zentralnotenbanken verstärkte sich dadurch von 16,1 auf 30,3 Millionen Goldmark.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz.
Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer.
Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Als Zwischendecksteward nach Südamerika

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

27. Fortsetzung.

„So ähnlich wie Du, mein lieber Dicker, Du deutest auch immer an, rückst aber nie mit der Sprache heraus, es hilft Dir aber alles nichts, Du mußt auch einmal erzählen von Dir und Deinen Erlebnissen. Sonst lassen wir Dir die leibliche Ruhe nicht," warf Reinhold ein.

Der Dicke schmalzte leicht mit der Zunge und nickte. „Wenn mal wieder Zeit und Gelegenheit ist, warum nicht? Doch jetzt müssen wir nach vorn, komm, Jonny."

Es glaste sechs Uhr und jeder ging an seine Arbeit. Die spanischen Stewards hatten sich regelrecht organisiert. Einer paßte auf, wo sich die Oberen, sie sagten „Commissario", aufhielten. Räusperte der sich, sofort arbeiteten sie krampfhaft, war die Luft wieder rein, so hüllten sie sich in dicken Zigarettenwolken.

„Commissario luggi, travacho, travacho, Commissario non luggi, non travacho," radebrechten sie mit den deutschen Kollegen, was auf deutsch ungefähr hieß: Wenn der „Erste" zusieht, arbeiten, arbeiten. Wenn der „Erste" nicht zusieht, nicht arbeiten.

Die deutschen Stewards hielten sich auch bald an diese Methode. „Was sollen wir arbeiten," sagte der Bäcker-Karl, „wenn die nichts tun. Wird's nachher eilig, dann müssen die Matrosen eben helfen, das war auf der letzten Reise auch so," und er brachte schnell seine Pfeife in Gang. Die anderen taten das gleiche. „Eine offizielle Aequatorfeier soll's ja auf dieser Ueberfahrt gar nicht geben, wir haben zu wenig Kajütenpassagiere, die meisten sind Spanier, die davon nichts verstehen, deshalb soll alles bis zur Rückfahrt bleiben. Wenn der Kasten richtig voll ist, dann macht's mehr Spaß, und die Matrosen und Heizer, die das Fest arrangieren, wollen doch auch wenigstens etwas verdienen für all die Arbeit. Auf der letzten Reise hatten wir schon von Hamburg aus viel mehr Passagiere. Schade, ich hatte mich schon so auf die Aequatortaufe gefreut, Du nicht auch, Dicker?"

„Ich? — ich kann mir aus derartigen Späßen nichts machen. Meine erste und einzige Aequatortaufe erhielt ich vor etwa zehn Jahren. Die Sache machte mir damals viel Spaß, später habe ich Uebertreibungen mit angesehen, die derart ausarteten, daß von Spaß keine Rede mehr sein konnte. Direkt geärgert habe ich mich aber, wie sie einem neugebackenen Steward die blendend weiße Tropenuniform mit einem Eimer Spülwasser total versauten. Das schreckte mich für alle Zeiten ab, und ich ziehe mich von derartigen Sachen zurück."

„Bei unserer Aequatortaufe ziehe ich meine Konditorluft an, und der erste, der sich untersteht von wegen verdrecken und so, der kann sein Testament machen", ereiferte sich Jonny, „einen Augenblick, ich gehe nur mal schnell austreten, nachher erzähle ich weiter."

Schnell sauste er davon, lief aber auf Deck gerade dem „Ersten" in den Weg.

„Halt, wo wollen Sie hin?" hörten die Zurückgebliebenen den Gestrengen

Sehr kleinlaut antwortete Jonny: „Ich wollte mal austreten."

Da aber fegte der „Erste" los: „Austreten? Jetzt! Da hört aber alles auf. Was soll das geben, wenn hier jeder während des Dienstes noch stundenlang austreten wollte! Das haben Sie morgens vor Dienstantritt zu erledigen, ich besorge das auch vor meinem Dienst. Wieder hinunter! sage ich Ihnen! Schiet in de Büx!"

Jonny flog nur so die Treppe hinunter.

„Na ja", rief er dem Dicken zu, „hier wird's immer schöner, hier geht jetzt alles auf Kommando." Den ganzen Tag bildete dieser, einzig in seiner Art dastehende Zwischenfall Jonnys mit dem „Ersten" in allen Ecken des Schiffes das Gesprächsthema.

„Paß auf", sagte sein Freund, „der Obermatrose, „heute abend geht's über den Strich. Sieh Dich vor, daß Du nicht doch getauft wirst, die wollen Dir gern den Namen anhängen, Du weißt ja von wegen der Böx."

Und wie sehr Jonny sich auch vorsah, in einem unbewachten Moment kam vom Oberdeck doch der kühlende Guß herunter, und als er wassertriefend seiner Kabine zustürmte, sah er gerade noch, wie auf Reinhold und den langen Karl eine kräftige Douche herniederging.

Nur der Dicke war trocken weggekommen, er saß schmunzelnd auf seinem alten Plätzchen und rauchte wie immer seinen Kalkstummel. „Heute abend wollen wir unter uns bleiben, Jungens", sagte er. „Reinhold, Du stellst die zwei Flaschen Wein kalt, die wir noch von Hamburg haben, hol Dir beim Messesteward Eis und dann spiele uns wieder mal „Das Elterngrab".

Jonny, der Held des Tages, hatte seine Kleider in der Küche zum Trocknen aufgehängt. Eine Bettdecke, um die Beine gewickelt, ersetzte ihm die Hose. Er zog seine weiße Kochjacke an und kredenzte in den Kaffeebechern den guten Mosel. Heute abend mußte seine Annuncia warten, denn ohne Hosen konnte er doch nicht über das Deck. Es schien mal wieder einer von den seltenen gemütlichen Abenden zu werden.

„Hast Du eigentlich mal gesehen, Dicker, wie großartig der „Emil" tätowiert ist? Den könnten wir eigentlich hereinholen, er ist ein ganz famoser Kerl, kann uns auch manchen guten Happen zustecken", schlug Reinhold vor. Da alle zustimmten, war Emil bald in der Kabine.

Seine feine Kochnase witterte den Mosel. „Ihr lebt ja gut hier drinnen. Ja, wo der Dicke ist, da ist auch meist noch etwas anderes." Damit ließ er sich auf der Bank nieder. Die Unterhaltung wurde sehr rege, und auf allseitiges Bitten ließ sich Emil herbei, seine Tätowierung zu zeigen. So etwas hatte selbst der Dicke noch nicht gesehen.

Ein ganzes Ballokal in roten, blauen und schwarzen Schattierungen wurde sichtbar, tanzende Paare, Matrosen mit ihren Mädchen, waren derartig naturgetreu in das Fleisch eingestochen, daß man selbst auf den Brüsten der dargestellten Tänzerinnen wiederum die Tätowierungen, Anker, Seemannsemblème usw. deutlich erkennen konnte.

„Mensch, wie bist Du denn dazu gekommen?" fragte staunend der Dicke. „Das ist allerdings das Vollkommenste, was mir bis jetzt in der Art begegnet ist, und ich habe doch schließlich schon manches gesehen."

„Das ist eine lebenslängliche Erinnerung an eine schöne Feier. Auf diese Tätowierung bin ich stolz. Das war eine Sache, Jungens, alles kann man gar nicht beschreiben. Wir lagen auf dem Hudson, dicht bei Neuyork, und waren unstreitig das schneidigste Schiff der ganzen vereinigten Flotille aller Nationen. Diese Einladungen der Deutsch-Amerikaner brachen gar nicht mehr ab, wir wußten oft nicht an Bord zu kommen. Aber trotz alledem immer stramm! Was haben uns die Leute alles geboten. Kundige Führer zeigten uns alles, was die Metropole der Vereinigten Staaten nur aufzuweisen hatte. Das waren unvergeßliche Tage, und zum Andenken hieran ließen mehrere Kameraden und auch ich uns diese Tätowierung machen. Ging es mir manchmal nicht so im Leben, wie es hätte gehen sollen, dann dachte ich an die schöne Zeit in Amerika, und das half doch über manches hinweg. Noch einmal, ich bin heute noch stolz, daß ich das erleben durfte, darauf hin Prosit!"

Für Jonny natürlich war das alles gar nichts. „Ja, ganz interessant, ganz schön", maulte er, „aber gar kein Vergleich gegen meinen Freund, den Matrosen-Albert, von dem will ich Euch jetzt mal etwas erzählen."

„Aber mach's kurz, Jonny", mahnte der Dicke und bließ eine mächtige Rauchwolke zu ihm herüber.

„Also, da bin ich vor ein paar Jahren mit meinem Freund Gustav gewalzt. Wir hatten in der Herberge gehört, daß in einer Wollweberei Arbeitermangel wäre und machten uns nun auf den Trab, immer auf Schusters Rappen, um von Uelzen nach Hannover zu kommen. Hunger hatten wir, wie immer, und keine Kleider. In der Uelzener Gegend kamen wir an eine Papiermühle und sahen, wie die Arbeiter Waggons ausluden. Wir versuchten dort Arbeit zu kriegen, damit wir für den Augenblick mal von der Landstraße waren, Unterkunft und Essen fanden. Weil wir angaben, wir wären schon in Hamburg bei den Schauerleuten gewesen, kamen wir auch an, und einer, der für uns den Fürsprecher machte, das war eben mein späterer Freund, der Matrosen-Albert, der so herrlich tätowiert war. Aber auch nicht ein Plätzchen war am ganzen Körper frei. Die obere Hälfte der Brust zeigte eine Flaggenparade. Darunter feuernde Panzerschiffe, großen und kleinen Kalibers, aber so deutlich wie in Wirklichkeit. Der Rücken zeigte auf der einen Hälfte Hamburg, vom Hafen aus gesehen, deutlich mit den Rathaustürmen, auf der anderen Rückseite stand das Bremer Rathaus, ganz genau mit den Obstständen auf dem Platz davor, man sah, daß die Turmuhr auf elf zeigte. Auf seinem Gesäß wollte eine Katze gerade eine Maus haschen, die sich aber bereits in ein Loch gerettet hatte, so daß nur das Mäuseschwänzchen herausguckte."

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Joël
zurück. (4845

+ Magerkeit +

Schöne volle Körperformen durch unser „Negro" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 2.50.
Adler-Apotheke.
Lübeck, Ob. Mengstr. 10
(4838)

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (4834
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Sozialistische Klassiker
*
Ferdinand Lassalle
Auswahl von Reden und Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung von Dr. Karl Renner geb. 8 Mark
*
August Bebel
Der Mann und sein Werk
von Franz Klüß geb. 6 Mark
Buchhandlung des
Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46.

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

4867

Wir bringen ab **heute** große Mengen

Schürzen

moderne Formen in guten Qualitäten

zu herabgesetzten Preisen!

Verkauf 1. Stock.

Wiener und Jumper-Form 1.60
aus buntem Kretonn oder Siamosen . . . jetzt 1.80

Wiener Schürzen 2.10
aus buntem Kretonn oder Blaudruck . . . . jetzt

Wiener Schürzen 2.75
aus prima Siamosen . . . . . jetzt

Jumper-Schürzen 3.25
aus guten Waschstoffen . . . . . jetzt

Wiener Schürzen 3.45
aus gutem Kretonn vollweit . . . . . jetzt

Wiener und Jumper-Schürzen 3.95
aus gutem Satin oder prima Siamosen . . . . jetzt

Wiener Schürzen 4.50
aus hell u. dunkel gestreiften Siamosen, vollweit jetzt

Jumper-Schürzen 4.90
aus gutem Satin oder Siamosen . . . . . jetzt

Weiße Servier-Schürzen 2.25
Jumper-Form, vollweit . . . . . jetzt

Weiße Servierschürzen 2.80
aus gutem Stoff, mit Hohlsaum . . . . . jetzt

Weiße Servierschürzen 3.75
aus gutem Linon, vollweit . . . . . jetzt

Mädch.-Hänger-Schürzen 1.25
aus buntem Kretonn . . . . . Lg. 50—60 jetzt

Mädchen-Schulschürzen 1.50
aus guten Waschstoffen . . . . . Länge 60 jetzt
jede weitere Größe 10 ₰ mehr

Mädchen-Hänger 1.80
moderne Form, aus buntem Kretonn Lg. 45—50 jetzt

Mädchen-Schulschürzen 2.10
aus gutem Satin . . . . . Länge 60—75 jetzt

Mädchen-Hänger 2.40
mod. Jumperform, aus gutem Satin Lg. 45—55 jetzt

Knaben-Kittel 1.35
aus gut. Waschstoff, einf. u. gestr., Lg. 45-50-55 jetzt 2.95

Mädchen-Kleidchen 2.35
aus gut gestreiften Waschstoffen . . Lg. 40—60 jetzt

Holstenhaus

Billig und Uhrenreparaturen zuverlässig!
1 Jahr Garantie.
Herm. Voß, Uhrmacher
Jetzt nur
Fleischhauerstr. 36.
(4762)

Jeden Dienstag und Freitag von 3—6 Uhr:
Eimerbier.
4763 **H. Bade.**

Deutscher Verkehrsbund.
Ortsverwaltung Lübeck.
(4860

Versammlung der Roll- und Blockwagenkutscher
am Donnerstag, 3. Juli abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Trocadero
Schüsselbud. 4. F. 787
Stimmungs-Konzerte
4889

Donnerstag, 3. Juli:
Kinderausflug
der
Arbeiter-Samariter-Kolonne.
Treffpunkt 1 Uhr Lindenplatz. (4843

Neueröffnung!
Eröffne heute nachmittag 3 Uhr
Holstenstraße 10
Konditorei u. Café
4873 Hochachtungsvoll
Karl Mauß.

Lübecker Beamtenbank e. G. m. b. H.
Untertrave 111—112
Geschäftszeit: 9—1 und 3—6; Sonnabends 9—1
I. Spar- und Darlehnskassengeschäfte
Gehalts-Girokonten
Wertbeständige Spar-Einlagen zu höchsten Zinssätzen
Schriftliche Garantie für wertbeständige Erhaltung
II. Versicherungs-Abteilung auf Gold-(Dollar)-Basis
a) Lebensversicherung b) Renten- und Pensions-Versicherung
c) Wertbeständige Unfall- und Haftpflichtversicherung
d) Casco und Glasversicherung
e) Versicherung gegen **Feuer** und **Einbruch**
zum Satz von **50 Pfg.** pro **1000 Mark**
4856) Sämtliche Geschäfte auch für **Nicht-Beamte.**
Reichsbankgirokonto Postscheckkonto Hamburg 2746
Fernsprecher 774

Verträge
jeglicher Art, Gutachengesuche, Schriftsätze usw. fertigen an
Gebr. Detts,
Aegidienstr. 3 (4856

Streichf. Oelfarben
Dachteer
Holzteer
Carbolineum
Tapeten (4861
nachweisliche Hausbesitzer 15% Ermässigung.
Paul Stammer, Farben-Drogerie,
Glandorpstr., Ecke Warendorpstr. **Tel. 8644.**

Verein Fritz Reuter Lübeck

50. Dodesdag
FRITZ **REUTER**
Gedenkfier
in „Konzerthus Flora" am 12. Juli
4842) **abends Klock 8.**
Kort'nverkoop hiertau an'n Sündag morgen von 10—12 Uhr in de Flora
Fründe 1 Mark, Mitglieder 50 Penn. **De Vörstand**

Hauptziehung
der Preußisch Süddeutschen Staats-
Neue Kauflose solange der Vorrat reicht. **Lotterie** Um rechtzeitige Erneuerung der Lose wird ersucht.
4837) **vom 9. bis 26. Juli**
Carl Landwehr
Staatl. Lotterie-Einnehmer, Lübeck, Sandstr. 9 — Fernr. 2169.
Weitere Verkaufsstellen: **Aug. Dimpker,** Königstraße 85, **Paul Gerhardt,** Fleischhauerstraße 8, **Hermann Kersten,** Hüxstraße 8, **Willi Köhler,** Jacobsburg. Allee 48, **Emil Schneider,** Pfaffenstr. 1

L. Schultz
Uhrmacher
Johannisstr. 20
333 v. 4.— Mk., 365 v. 8.— Mk. an. (4863
Alle Wären a. Teilzahl.
Garantie-Werker 4 M.

Liebknechts
Volksfremdwörterbuch
Gebunden Mk. 8.—
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Gesellschaftshaus „ADLERSHORST".
4836) Morgen Donnerstag: **BALL.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Lübeck
30jähriges Stiftungsfest
am 5. u. 6. Juli im Gewerkschaftshaus
Sonnabend abends:
Grosser Kommers
Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr.
Sonntag morgens 9 Uhr:
Austragung der Gaumeisterschaft im Radsport.
Sonntag ab 6 Uhr:
Grosser Ball
Ballorchester. Varietémusik.
4850) Das Festkomitee.

Luisenlust
Sonnabend, den 5. Juli:
Großer Ball
vom **B. K. L.** (4866

Weißer Engel. Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Eintritt und Tanz frei. (4678

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (4846

Lübecker Volksbote

Beilage | Mittwoch, 2. Juli 1924 | Nummer 152

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 2. Juli.

Hochsommernacht.

Leuchtkäfer blühen in den sommerhohen Gräsern
vom Nachtwind leise hin und her gewiegt,
Schafwölkchen, die am Himmel ziehen,
sind zart an Sterne angeschmiegt
und wandern weiter . . .

Frauenlippen dürsten sehnsuchtsvoll ins Dunkel
und warten auf den Blutsfreund, daß er trinke
aus ihrem offenen Kelche süßen Honig,
damit ihm seine Einsamkeit versinke,
Doch Sonne leuchte . . .

Irrlichter in den Wiesen löscht der Morgen
mit dämmergrauer Riesenhand,
und Frühwind kühlt die gluterfüllten Lippen
umgossenen Wüstenbrand;
aufsteigt der Tag.

Rastignac.

Genossenschaftlicher Werbetag.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist über die ganze Welt verbreitet. Sie zu fördern, vorwärtszutreiben bis zur gänzlichen Umwandlung der kapitalistischen Gewinnwirtschaft in die genossenschaftliche Geweinmwirtschaft, in den Genossenschaftern aller Ländern gemeinsames Ziel. Der Internationale Genossenschaftsbund hat im Frühling vorigen Jahres den Beschluß gefaßt, einen alljährlichen Fest- und Werbetag einzuführen. Dieser soll den Zweck haben, in der ganzen Welt die Geschlossenheit der Genossenschafter und die Leistungsfähigkeit ihrer Organisation als ein Mittel zur wirtschaftlichen Befreiung und als Bürgschaft für den Weltfrieden darzutun. Als geeigneten Tag wurde der erste Sonnabend im Monat Juli jeden Jahres gewählt. Ein Aufruf des Internationalen Genossenschaftsbundes, der diesen Beschluß den Genossenschaftern aller Welt kundgab, konnte im letzten Jahre nicht in allen Ländern in dem wohl gewünschten Ausmaß und Umfange befolgt werden. Zeit- und Wirtschaftsverhältnisse standen da hindernd und erschwerend im Wege. Der 7. Juli des vergangenen Jahres ist aber gleichwohl auch von den deutschen Konsumgenossenschaftern beachtet worden und innerhalb des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gab es eine sehr stattliche Anzahl angeschlossener größter und kleinerer Genossenschaften, die gern und mit einer der großen Sache wohl würdigen Begeisterung dem Aufrufe zu einem allgemeinen Werbetag folgten. Nunmehr ist seitdem ein Jahr verflossen, und wiederum rufen der Präsident und der Generalsekretär des Internationalen Bundes zum zweiten Male zum allgemeinen Tag der Genossenschafter auf. Noch immer sind die Zeitverhältnisse in unserem Lande so, daß sie nicht sonderliche Feste gestatten. Dennoch oder gerade deshalb werden die deutschen Genossenschafter am 5. Juli wie die Genossenschafter anderer Länder die ganze Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung in den Vordergrund ihrer Um- und Mitwelt bringen. Während im Vorjahre die Lage der Konsumvereine zwar sehr schwierig, aber noch recht undurchsichtig war, sehen wir nunmehr ganz klar den großen Schaden, den der Zusammenbruch der alten deutschen Geldwährung auch den Konsumvereinen gebracht hat. Jetzt heißt es, alle, aber auch wirklich alle genossenschaftlichen Kräfte und alle Stärke der organisierten Verbraucher zusammenzureißen, um aus dem wirtschaftlichen Niedergang zum Aufbau zu gelangen und zu neuem Fortschritt. Ein Aufklärungs- und Werbetag soll der 5. Juli sein, nicht nur für Außenstehende, sondern auch für die Mitglieder; denn es kommt darauf an, die Verbraucher, vor allem aber die schon organisierten, zu rechten treuen Genossenschaftern zu machen. Genossenschafter sein, das bedeutet mehr als den Besitz eines Mitgliedsbuchs. Genossenschafter sein heißt, sich immer und immer genossenschaftlich betätigen, einem gemeinsamen Wirtschaftsbetrieb Inhalt, Leben und Kraft zu geben. Nur dadurch wird die Befreiung von der kapitalistischen, auf Profit gerichteten Gütererzeugung und Güterverteilung möglich und das Ziel genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft ohne fremde Ausbeutung erreichbar werden.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Mittwoch nachmittag 5¾ Uhr Sitzung im Rathaus.

Der Tod auf See. Aus Helsingfors meldet Wolffs Bureau: Der Dampfer „Pleskow" aus Lübeck, auf der Reise von Danzig nach England, traf hier ein, um die Leiche des Kapitäns Wolters an Land zu setzen, der an einem Herzschlag verschieden ist. Die Leiche wird nach Lübeck befördert werden.

Schwere Strafe für Hafendiebstähle. Vor dem großen Schöffengericht hatten sich die Hafenarbeiter Ko. und Schm., der Händler (Hafenarbeiter) Wilh. M., G., L., der Dreher Paul Sch., die Ehefrau Ko., Maschinenschlosserlehrling Al., der Gastwirt Ha., Ehefrau Stro., Gastwirt Man., Kaufmann Gr., die Kutscher La. und Mö. zu verantworten. Ko., Schm., M. und G. hatten im August 1923 mittels Einbruchs in einem Lager-Güterschuppen unter Anwendung eines falschen Schlüssels zwei Kisten erbrochen und aus diesen etwa 820 Dutzend Paar Strümpfe entwendet. Nach ihren Angaben sollen es aber nur 125 Paar gewesen sein. Die beiden Hauptbeteiligten ließen sich im Schuppen einschließen, G. stand Schmiere. Das Diebstahlsgut wurde in einem Auto fortgeschafft und in der Wohnung des M. verteilt. Bei ihren weiteren Raubzügen fielen ihnen 2 Lederballen, 2 Ballen Stoffe und 2 Kartons mit Herrenanzügen in die Hände. Die Ware wurde nach der L.schen Wohnung und von da zum Teil nach einer Gastwirtschaft an der Obertrave geschafft. An dem Verkauf und Ankauf dieser und anderer Waren sind die Angeklagten mehr oder weniger beteiligt. Man glaubt, die Haupttäter der Hafendiebstähle in einzelnen Angeklagten erwischt zu haben. Es wurden folgende Strafen ausgesprochen: Ko. zu 4 Jahren Zuchthaus, Schm. zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, G. unter Einberechnung der gegen ihn am 24. Mai erkannten Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis, M. unter Einberechnung einer am gleichen Tage gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis, La. zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Sch. zu 1 Jahr Gefängnis, Ha. wegen fortgesetzter Hehlerei zu 8 Monaten Gefängnis unter Freisprechung von der Begünstigung, Ehefrau Stro. zu 2 Monaten Gefängnis, Man. zu 3 Monaten Gefängnis, La. und Mö. je zu 20 Tagen Gefängnis, an deren Stelle 60 Mark Geldstrafe treten. Die Angeklagten Ehefrau Ko., Al. und Gr. werden mangels Beweises freigesprochen. La. sind die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, La. und Schm. auf 3 Jahre aberkannt.

Die Lübecker Genossen zum Parteitag.

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Wieder einmal eine Versammlung, auf die wir stolz sein können! Der große Saal des Gewerkschaftshauses voll besetzt, eine prächtige Aufnahmebereitschaft für die ausführlichen und tiefschürfenden Referate der Genossen Weiß und Leber, die vom Parteitag berichteten, und eine geschlossene Stimmung.

Genosse Haut eröffnet die Versammlung, indem er der in den letzten Wochen heimgegangenen Genossen Zimmermann, Jaeger, Schmock und der Genossin Alwine Eichler gedenkt. Auch dem von faschistischen Mordbuben gemeuchelten italienischen Genossen Matteotti widmet er einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrt die Verstorbenen in der üblichen Weise.

Sodann gibt Genosse Weiß einen gut zusammengefaßten Ueberblick über die Verhandlungen des Parteitages. Treffend hebt er als das wichtigste Ergebnis dieser allzu kurzen drei Tage hervor, daß alle Hoffnungen der Gegner auf neue Risse in der Partei sich als absolut trügerisch erwiesen haben. Auch die schärfsten Wortführer der Opposition ließen von Anfang an keinen Zweifel darüber aufkommen, daß ihnen die Einigkeit der Partei über allem steht. Das Werk von Nürnberg hat in schwerster Zeit die Belastungsprobe glänzend bestanden. Er hebt die Verantwortungsfreudigkeit und Tatbereitschaft der führenden Genossen Wels, Hermann Müller, Ludwig rühmend hervor, wenn er sie auch einem Bebel und Wilhelm Liebknecht nicht an die Seite stellen möchte. Demgegenüber geht er mit der Opposition, zu der er (wohl zu Unrecht, D. Red.) auch Gen. Löhe rechnet, außerordentlich scharf zu Gericht.

Wertvolles Material bringt er sodann über die Fragen der Organisation. Die wenigsten Parteigenossen wissen ja, wie schwer die Partei in der Zeit der Inflation finanziell gelitten hat. Die völlig ausgehungerte Arbeiterschaft konnte nennenswerte Beiträge für ihre politische Organisation nicht mehr aufbringen, konnte sie doch kaum das nackte Leben erhalten. Und das, was einkam, fraß die Geldentwertung auf, noch ehe es in die Hände des Parteivorstandes gelangte. Da mußte mancher grünende Sproß am Baum der Arbeiterbewegung verdorren; aber schon die ersten drei Monate dieses Jahres zeigten die Opferwilligkeit der noch immer schwer ringenden Arbeiterschaft. Die Einkünfte der Partei haben die Friedenshöhe schon fast wieder erreicht. Neue Aufgaben konnten in Angriff genommen werden. Die neuen Zeitschriften „Die Gesellschaft", „Die Gemeinde", „Der freie Beamte" und „Frauenwelt" geben Zeugnis von der Arbeit, die geleistet wird. 169 Parteizeitungen sorgen allenthalben für politische Aufklärung. Besonders hob der Redner die Bedeutung des Funktionärkörpers hervor, dessen Arbeit heute schwerer und verantwortungsvoller ist als vor dem Krieg, muß er doch leider nach zwei Seiten kämpfen.

Ausführlich behandelte er sodann die Frage der Koalition, ausgehend von dem Bebelwort, daß die Partei verpflichtet sei, nicht nur der Zukunft zuzustreben, sondern auch in der Gegenwart fruchtbare Arbeit zu leisten. — Der Bedeutung der Kulturaufgaben, dem neuen Organisationsstatut, der Wichtigkeit der Heranziehung der Akademiker widmete er treffende Worte und gedachte auch der hoffnungsvoll emporstrebenden Bewegung des Jungsozialismus. Als besonders beachtenswert hob er den Beschluß des Parteitages hervor, der die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Internationalen Arbeiterhilfe mit der Zugehörigkeit zur Partei für unvereinbar erklärt, und gedachte noch des erfreulichen Ausganges des sächsischen Parteistreites, dessen glückliche Beilegung er als gutes Omen für den Geist der Tagung bezeichnete. Alles in allem: der Parteitag hat fruchtbare Arbeit geleistet.

Genosse Dr. Leber, der das Referat ergänzte, gab einen Gesamtüberblick über die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft und Politik, dessen Bedeutung eine weite Vorausschau weit über den Rahmen eines einfachen Berichts hinausging.

Er begann damit, daß er dem Parteivorstand nicht so unbeschränkte Anerkennung spenden könne wie Weiß; aber auch die Opposition habe sich als unproduktiv erwiesen; sie habe die Zeichen der Zeit zu wenig erkannt und operiere noch immer mit den Argumenten von vor 30 Jahren. Daß man der Minderheit keinen Korreferenten zubilligte, war ein entschiedener Fehler. Alle Kraft müsse die Partei anstrengen, um die Macht zu erringen; und wenn es nicht heute und morgen gelingt, in wenigen Jahren werden wir die Macht wieder erlangen haben, wenn nur der Wille dazu in jedem Führer und in jedem Mitkämpfer lebendig ist. Der größte Fehler der Vergangenheit ist, daß wir die Macht — als wir noch die Möglichkeit hatten — nicht mit derselben rücksichtslosen Energie ausgeübt haben, wie es heute die Klassengegner der Arbeiterschaft tun.

Er schilderte sodann den Gang der Weltwirtschaft, die in den letzten 10 Jahren einen unerhörten Konzentrationsprozeß erfahren hat. In den Händen weniger Trusts liegen heute die gesamten Kraftquellen der Welt, Eisen, Kohle und Erdöl. Auf der anderen Seite hat der Krieg das Proletariat Westeuropas zum Selbstbewußtsein aufgerüttelt. Der Klassenkampf, von dem die englischen Arbeiter noch vor wenigen Jahren nichts hören wollten, wird heute gerade von diesen Arbeitern in vorbildlicher Weise praktisch geführt. Auch die Unternehmer haben angefangen marxistisch zu denken, wiewohl sie es selbst nicht wissen. Sie haben sich als Klasse organisiert und lassen den Konkurrenzkampf beiseite. Vor 10 Jahren hielt man den Sozialismus für eine Utopie, heute steht er im Brennpunkt aller Kämpfe.

In politischer Beziehung ist das wichtigste Moment der Gegenwart, daß der Stern Rußlands, der Glaube an die bolschewistische Weltrevolution verblichen ist. Die Geschicke der Welt werden in England, Frankreich und Amerika entschieden. Ausführlich behandelt der Redner die Bedeutung der Umwälzung in den westeuropäischen Ländern, die Männer des Volkes an die Macht gebracht hat, die die schweren internationalen Probleme auf dem Boden von Anständigkeit, Ehrlichkeit und gutem Glauben lösen wollen.

Demgegenüber haben wir in dem besiegten und verelendeten Deutschland schwer mit der Macht der Reaktion zu kämpfen. Das gefährliche Ziel dieser Reaktion ist nicht so sehr die Monarchie — das ist nur das Aushängeschild für den sentimental-königstreuen Kleinbürger — so sehr ernst ist es den Vertretern der Besitzenden gar nicht damit. Ihr Ziel ist vielmehr die schwarz-weiß-rote Republik, die Republik, in der der Geldsack und das Rittergut herrschen und das Volk dienen und alle Lasten tragen soll.

Demgegenüber muß das arbeitende Volk alle Kraft aufbieten für seine Republik, für seine politischen Ideale. **Die Straße frei für die schwarz-rot-goldene, für unsere Republik!**

Damit schloß der Redner seinen begeistert aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion gab zunächst Genosse Haut eine Fülle wertvoller Anregungen. Die Schuld an den Mißerfolgen der letzten Jahre tragen nicht allein die Führer; die Massen, die den Keimen der Spaltung zugänglich waren und noch heute zum Teil den Kommunisten nachlaufen, haben ihr Unglück selbst gewollt. Sehen wir doch, wie in allen Parlamenten, vor allem auch hier in der Lübecker Bürgerschaft die Kapitalisten ihre Freude haben an der Zerstörungsarbeit dieser Arbeitervertreter und sie in jeder Weise indirekt unterstützen. Darum kann es für uns auch den Kommunisten gegenüber nur Kampf geben. Des weiteren wies der Redner auf die Wichtigkeit der Agitation für unsere Presse, auf die Notwendigkeit, die Intellektuellen zu gewinnen und auf die Arbeit innerhalb der Beamtenschaft hin. Die Beamten, die die Fußtritte der bürgerlichen Regierung jetzt gespürt haben, müssen erkennen, wo sie hingehören. Töricht sei es, so von seiten der Arbeiterschaft durch unangebrachten Neid zu verärgern. Er schloß mit einem warmen Appell an die Jugend.

Als Jungsozialist ergriff darauf Gen. Geißler das Wort. Er legte Zeugnis ab von dem Vorwärtsstreben der Arbeiterjugend und forderte, daß diese Bewegung von seiten der Partei noch weit mehr unterstützt werden müsse als bisher.

Mit einem kurzen Schlußwort vom Gen. Weiß, der die Versammelten nochmals zu Kampfgeist und Brüderlichkeit aufrief, schloß die glänzend verlaufene Versammlung.

Das große Ereignis!

Nachdem die Reichsarbeitersportwoche beendet ist, kündigt wiederum ein Plakat durch Voranzeige ein großes sportliches Ereignis für Lübeck an.

Internationales Fußballspiel:
England (Ländermannschaft) gegen F. S. V. Lübeck.

Am 3. August d. J., nachmittags 3½ Uhr

auf dem L.-V.-V.-Phönix-Sportplatz, Israelsdorfer Allee.

Die Reklame, welche sich von Woche zu Woche vergrößern wird, wird jedem Kenntnis von dem bevorstehenden Treffen geben. Der Eintritt beträgt im Vorverkauf 1 Mk. Schüler 50 Pfg. Schülerkarten sind nur im Arbeiter-Sportheim (Hundestraße) und im Klublokal bei Wiencke (Drögestraße 14) zu haben. Die Vorverkaufspreise sind so gehalten, daß es allen möglich sein wird, diese Spiele zu besuchen. Die Kassenpreise werden jedenfalls eine bedeutende Erhöhung erfahren. Erwerbslose zahlen nur an der Kasse gegen Vorzeigung der Stempelkarte 50 Pfg. Da nur verhältnismäßig wenig Vorverkaufskarten im Umlauf sind, ersuchen wir, schon jetzt möglichst davon Gebrauch zu machen. Karten sind bei allen Mitgliedern zu haben. Der Empfang der englischen Sportgenossen findet am 2. August d. J. abends 7 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof statt. Anschließend findet im Konzerthaus „Flora" ein Begrüßungskommers statt. Die Parteien und Gewerkschaften werden nochmals besonders darum gebeten, tatkräftig mitzuwirken. Sämtliche Sportvereine haben ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt. Wir bringen hierdurch den Wunsch zum Ausdruck, die englischen Genossen in Bürgerquartiere unterzubringen. Genossen, die der englischen Sprache mächtig sind und einen dieser Genossen beherbergen können, werden um ihre Adresse ersucht. Ebenfalls solche Genossen, die der Freien Sportvereinigung beim Empfang ihre Unterstützung zusichern. Interessenten wollen sich bitte an den Genossen H. Neumann, Ludwigstr. 71 wenden.

Wieviele Deutsche dürfen nach Amerika auswandern? — Starke Herabsetzung der amerikanischen Einwanderungsquote. Aus Neuyork wird unter dem 1. Juli gemeldet: Präsident Coolidge gab die für die Einwanderung in die Vereinigten Staaten zugelassenen Zahlen der Einwanderer bekannt. Vom 1. Juli ab bis Ende Juni nächsten Jahres sind zugelassen 162 000 gegen 358 000 Einwanderer der letztjährigen Quote. Im einzelnen dürfen einwandern: aus Deutschland 51 227 gegen 160 607 im Vorjahre; aus Oesterreich 785 (früher 7342); aus der Tschechoslowakei 3073 (früher 14 357); aus Polen 5382 (früher 39 978). Alle übrigen Länder erfahren gleichfalls starke Herabsetzungen.

Triton-Haus. Die Firma Hermann Kubli & Co. hat in der Mühlenstraße 71 ein Spezialgeschäft für sanitäre Einrichtungen errichtet. Das Geschäftshaus ist ein uraltes, hübsches Gebäude, das schon 1320 im Grundbuch eingetragen ist. Durch den inneren Umbau und Ausbau hat es aber doch seine Eigenart behalten, insbesondere wurde die mächtige Balkenlage der Decke erhalten und mit freundlichem Anstrich versehen. Neu geschaffen wurde ein Treppenaufgang nach dem Muster alter Patrizierhäuser. Im Hintergrund spendet ein großes, hübsches Fenster die Lichtfülle und läßt einen Blick auf den Hof mit dem Lindenbaum frei — immerhin eine Eigenart, die in keinem Geschäftshaus der inneren Stadt anzutreffen ist. Auch die Fassade des Triton-Hauses wurde renoviert. Der untere Teil wurde vom Verputz befreit, so daß das spezifisch nordische Backsteinmauerwerk mit den weißen Kalkfugen schon hervorsticht und einen freundlichen Anblick gewährt. Alte, im Hinterhaus angebrachte Wappen wurden der Vorderfront angegliedert. Das Geschäftshaus bildet somit eine Besonderheit gegenüber den sonstigen Neuschöpfungen. Die zur Schau gestellten Handelsartikel sind Feuerton- und Marmorausstattungen für Bäder und Toiletten, sanitäre Einrichtungen für Aerzte und Krankenhäuser, gesundheitstechnische Haus- und Schiffseinrichtungen usw.

Mitnahme von Handgepäck in die Personenwagen. Nach einer Bekanntmachung des Reichsverkehrsministeriums wird die Eisenbahnverkehrsordnung vom 4. Juli ab wie folgt ergänzt: Das Gewicht des Handgepäcks eines Reisenden darf insgesamt 25 Kilogramm nicht übersteigen. Handgepäckstücke mehr als 25 Kilogramm Einzelgewicht werden, auch wenn mehrere Personen zusammen reisen, nicht zugelassen. Werden Gegenstände, die nicht als Handgepäck zugelassen sind, trotzdem mitgeführt, so werden sie in den Gepäckwagen gebracht und dort bis zur endgültigen Abfertigung verwahrt. Für diese Gegenstände wird von der Station ab, auf der der Reisende zugegangen ist, und wenn die Zugangsstation nicht sofort unzweifelhaft nach-

gewiesen wird, von der Ausgangsstation des Zuges ab je nach der Art des Gutes die Gepäck- oder Expreßgut-Fracht mit einem Zuschlag von 10 Goldmark, jedoch nicht mehr als die doppelte Fracht erhoben.

Die neuen Paßgebühren. Am 1. Juli trat die neue Bekanntmachung zur Ausführung der Paßverordnung in Kraft. Aus ihrem Inhalt sei als Neuerung hervorgehoben, daß die Pässe in der Regel auf zwei Jahre und mit Geltung für das In- und Ausland ausgestellt werden sollen, die Behörden bei Erteilung des Sichtvermerkes auf das persönliche Erscheinen des Bewerbers verzichten können, die Geltungsdauer der Sichtvermerke künftig nicht mehr vom Tage der Erteilung läuft, sondern Beginn und Ende der Geltungsdauer nach dem tatsächlichen Bedürfnis des Reisenden festgesetzt werden kann und darüber hinaus für Rückreise-Sichtvermerke mit einer Höchstdauer von einer Woche vorgesehen sind, daß ihre Geltungsdauer innerhalb einer längeren Nutzungsfrist, erst mit dem ersten Grenzübertritt beginnt. Im Zusammenhange mit der neuen Paßbekanntmachung werden auch die Gebühren für die Ausfertigung von Pässen, sonstigen Reisepapieren und Sichtvermerken vom gleichen Tage an neu festgesetzt. An Gebühren werden fortan erhoben für Ausstellung eines Passes 5 Mark, eines Personalausweises als Paßersatz 10 Mark, eines Kinderausweise 2 Mark. Für Verlängerung eines Passes 3 Mark und eines Personalausweises 6 Mark. Für sonstige Abänderungen oder Ergänzungen eines Passes oder Personalausweises 2 Mark.

pb. **Eine lustige Fahrt mit gefährlichem Ausgange.** So eine Art Schauerroman erlebte am letzten Sonntag ein Kraftwagenführer von hier. Ein in der Arnimstraße wohnhafter Bäckergeselle hatte seinem Arbeitgeber 400 Rentenmark, verschiedene Wertpapiere und eine Pistole gestohlen. Mit dem Raube begab er sich nach Schwartau. In einem dortigen Lokal wurde er mit einigen Herren und Damen bekannt und veranstaltete ein größeres Zechgelage. Er ließ dann von Lübeck ein Auto kommen, machte mit seinen Gästen eine Vergnügungsfahrt nach Lübeck und lud auch hier seine Gäste zu Sekt ein. Alsdann ging die Fahrt zurück nach Vorwerk. Nachdem die Gäste bis auf eine Dame dort abgesetzt waren, wollte der Bäckergeselle mit dieser die Fahrt noch fortsetzen. Als das junge Mädchen sich hiergegen sträubte, gab der Raufbold einen scharfen Schuß ab, der aber glücklicherweise fehlging. Nachdem das junge Mädchen geflüchtet war, versuchte der Bäckergeselle unter Vorhaltung der Pistole den Kraftwagenführer zu zwingen, ihn nach Kiel zu fahren. Der Kraftwagenführer lehnte dieses ab, mußte aber angesichts der Drohung die Fahrt fortsetzen. Er fuhr mit seinem Wagen schließlich in einen Sandweg hinein und erklärte, nicht weiter kommen zu können. Der Bäckergeselle wiederholte seine Drohungen und gab sogar noch zwei scharfe Schüsse ab ohne jedoch zu treffen. In einem günstigen Augenblicke gelang es dem Kraftwagenführer, den rabiaten Bäckergesellen zu überwältigen und ihm die Pistole abzunehmen. Es gelang ihm auch den Fahrgast zu fesseln. Er brachte ihn mit dem Auto nach Lübeck und übergab ihn der Polizei.

Unbegründete Entlassung eines Betriebsobmannes.

Noch immer gibt es einzelne Unternehmer, denen die bestehenden Gesetze und Verordnungen ein Greuel sind. Insbesondere liegen ihnen dabei die Schutzbestimmungen der Betriebsräte schwer im Magen und nicht selten wird versucht, Betriebsratsmitglieder oder Obmänner durch Entlassung sich zu entledigen. Ein solcher Fall spielte sich neuerdings wiederum bei der Mühlenfirma Maßmann zu Heiligenhafen ab, die ihren Betriebsobmann kurzerhand kündigte, ohne dafür berechtigte Gründe zu haben. Unser Verband nahm sich der Sache an und hatte, nachdem die Firma die Entlassung nicht zurücknahm, Klage beim Amtsgericht auf Lohnzahlung erhoben. Bezeichnend ist, daß der Firmenvertreter vor Gericht versuchte, die Entlassung insofern gerechtfertigt erscheinen zu lassen, indem er erklärte, die Schutzbestimmungen der Betriebsräte und -obmänner nicht zu kennen. Als ihm vom Gerichtsvorsitzenden dargelegt wurde, daß es doch Aufgabe der Unternehmer sei, sich mit den einschlägigen Gesetzbestimmungen vertraut zu machen und Unkenntnis nicht vor Strafe schütze, fand der Firmenvertreter, daß eigentlich grobe Pflichtverletzungen seitens des Entlassenen vorliegen. Er wolle dies durch zwei Zeugen nachweisen. In einem späteren Termine vermochte der eine Zeuge — ein erst nach der erfolgten Entlassung des Obmannes eingestellter sogenannter Speichervogt — nicht das geringste Belastende auszusagen, sondern will nur von dritten Personen etwas gehört haben. Auch der zweite Zeuge konnte nichts Belastendes beweisen und so mußten diese Anschuldigungen in sich zusammenfallen. Es lag einwandsfrei klar, daß die Entlassung unbegründet war und die Firma den Lohnausfall zu leisten und die Weiterbeschäftigung zu vollziehen hatte. Der Entlassene hatte sich aber während der 5 Wochen selbständig gemacht und verzichtete daher auf seine Weiterbeschäftigung. Auf dem Vergleichswege zahlte die Firma an den Entlassenen den Betrag von 100 Mark und trägt außerdem noch die entstandenen Gerichtskosten. Der Fall zeigt wieder einmal zur Genüge, wie die Arbeiter der Willkür der Unternehmer preisgegeben wären, wenn nicht hinter ihnen die Organisation stände. Die dem Verband noch fernstehenden Arbeitern der Firma soll dies zur Warnung sein und sie veranlassen, sich ihren anderen Kollegen schleunigst anzuschließen im Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands,
Ortsverwaltung Lübeck.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. 12. Distrikt. Freitag, den 4. Juli, abends 7½ Uhr: Versammlung der tätigen Genossen bei Groth, Kottwitzstraße. Redner wird morgen bekanntgegeben. Erscheinen Pflicht! Werner.

Achtung, Jungsozialisten. Die Arbeitsgemeinschaft am Donnerstag fällt umständehalber aus.

Sozialdem. Frauen. Donnerstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Bericht der Genossin Wettering über die Frauenkonferenz. Erscheinen Pflicht! Der Vorstand. L. Jaeckstadt.

Travemünde. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, im Kolosseum: Parteisekretär Weiß, Lübeck, spricht über den Berliner Parteitag. Erscheinen Pflicht! Der Vorstand.

Moisling. Sozialdemokratischer Verein. Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Kaffeehaus. Parteisekretär Gen. Weiß spricht über das Ergebnis des Parteitages.

Unterbezirkskonferenz

der Sozialdemokratischen Partei von Mecklenburg-Strelitz.

Am Sonntag fand in Neubrandenburg eine Konferenz des Unterbezirks Mecklenburg-Strelitz statt. Der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Allmann, begrüßte die Delegierten und wies auf die Arbeit hin, die im Interesse der Partei von der gesamten Parteigenossenschaft geleistet werden muß. Die Niederlagen müssen wieder wett gemacht werden durch intensive Aufklärungsarbeiten in Stadt und Land. Im Namen der Ortsgruppe Neubrandenburg sprach Genosse Schwarze warme Begrüßungsworte und Genosse Wolfradt überbrachte die Grüße der Lübecker Parteigenossenschaft. — Hierauf referierte Genosse Bartosch-Neustrelitz über den Ausgang der Reichstagswahlen und über die Zukunftsarbeiten der Partei. Der Redner stellte Vergleiche an über den Ausgang der Landtags- und der Reichstagswahl in Mecklenburg-Strelitz. Durch die Rührigkeit der Parteifunktionäre ist es gelungen, die Stimmenzahl bei der Reichstagswahl zu vergrößern. Ganz besonders hob Genosse Bartosch den **Stimmenzuwachs im Landesteil Ratzeburg** hervor. Die Besserung der Lage der Partei in diesem Landesteil sei zweifellos ein Verdienst der Lübecker Genossen, die hier bei der Reichstagswahl gewirkt haben. Auch in Zukunft müsse dieser Landesteil im Interesse der Partei von Lübeck aus bearbeitet werden. (Allgemeine Zustimmung.) In längeren Ausführungen verbreitete sich Genosse Bartosch über das übrige Strelitzsche Landesgebiet und hob hervor, daß die Bearbeitung der Bevölkerung hier nicht so leicht sei wie in den Großstädten. Einmal ist es die Struktur des Landes, der Bevölkerungsklassen und zum anderen mangelt es an tatkräftigen tätigen Genossen, die diese Aufklärungsarbeit verrichten können. Aber auch dieser Zustand müsse behoben werden. Die vorhandenen Parteigenossen müßten sich restlos zur Verfügung stellen. Ferner müssen Agitationskommissionen gebildet werden, um das weitverzweigte Landgebiet intensiv bearbeiten zu können. Von Haus zu Haus und von Mund zu Mund müsse die Aufklärungsarbeit für die Partei betrieben werden. Die Macht des Landbundes (Christlicher Landarbeiterverband) muß gebrochen werden. Man dürfe sich bei dieser Arbeit nicht nur auf die Führer verlassen, auch sogenannte große Kanonen können hier wenig helfen. Auf unsere eigene Kraft müssen wir uns verlassen. Wenn jeder seine ganze Kraft für die Partei einsetzt, werden wir auch unserem Ziele näher kommen. (Beifall.)

Nach dem Vortrage setzte eine lebhafte Aussprache ein. Genosse Linke fordert die Anstellung eines Parteisekretärs für den Unterbezirk Strelitz; nur dann sei es möglich richtige Aufklärungsarbeiten zu leisten. Das Landgebiet muß ganz besonders bearbeitet werden. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten hält Redner in der Zukunft für unmöglich. Eine reinliche Scheidung muß hier eintreten. Früher sei er immer dafür eingetreten, die Einheitsfront herzustellen. Aber nachdem ihm der kommunistische Landtagsabgeordnete Hartmann in einer Wahlversammlung erklärt habe, er hätte Befehl von oben die SPD. zu bekämpfen, und er freue sich, daß die Gewerkschaften zerrissen seien, sei er gänzlich davon abgekommen und stehe jetzt auf dem Standpunkt, daß die Kommunisten genau so unsere Feinde sind, wie die rechtsstehenden Parteien. Sie müßten dem entsprechend behandelt werden. Gen. Granzow-Mirow: Das Land Ratzeburg grenzt an Lübeck und muß deshalb auch von Lübeck mit bearbeitet werden. Die Agitation in der Mirower Umgegend sei deshalb schwierig, weil Versammlungslokale fast garnicht zur Verfügung stehen. Die Schulen wolle man für diesen Zweck nicht hergeben. Die Genossen Schwartze und Kasiski halten ebenfalls ein Zusammengehen mit der KPD. für gänzlich unmöglich. Durch emsige Aufklärungsarbeit werden wir auch wieder dort, wo Ortsgruppen bestanden haben, solche errichten können. Auch die Landarbeiterschaft habe heute schon die Nase voll von den Moskauer Heilverkündern. Genosse Fischer, Gauleiter des Landarbeiterverbandes, erklärte, daß seitens des Landarbeiterverbandes eine großzügige Agitation eingeleitet werden soll und ersucht die Parteifunktionäre, sich für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die Gutsbesitzer geben sich die größte Mühe, um den Landarbeiterverband von ihren Höfen fernzuhalten. Redner gibt eine Episode zum besten, wonach ein Gutsbesitzer einen Ball mit Festessen veranstaltet hatte, um auf diese Weise für den Landbund zu werben. Diese Feier war aber nur von Sozialdemokraten besucht. Deshalb wurde sie garnicht erst eröffnet, sondern die Besucher konnten wieder nach Hause gehen. Genosse Wolfradt-Lübeck behandelte in längeren Ausführungen die Arbeit, die bei der Reichstagswahl im Lande Ratzeburg geleistet worden ist. Daß der Ausfall der Wahl für die Sozialdemokratie zum Reichstag günstiger war als bei der Landtagswahl, haben wir den Lübecker Arbeiterradfahrern zu verdanken, die die Flugblätter in die entlegenste Hütte getragen haben. Auch die **Ortsgruppe Selmsdorf** sei wieder neu errichtet. Die Parteipresse werde mehr als wie bisher gelesen. Man sieht, daß es auch hier vorwärts geht. Die Anstellung eines Parteisekretärs für den Unterbezirk Strelitz ist heute noch nicht möglich, weil die erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind und auch in absehbarer Zeit nicht vorhanden sein werden. Den Vorschlag des Genossen Bartosch, von Zeit zu Zeit für einige Wochen eine tüchtige Kraft frei zu bekommen, um die Agitation erfolgreich betreiben zu können, unterstütze auch er. Wolfradt ersucht den Landesvorstand, dem Bezirksvorstand einen diesbezüglichen Vorschlag zu machen. (Beifall.)

Nach einer ¾stündigen Mittagspause werden die Beratungen fortgesetzt. An der weiteren Aussprache beteiligen sich noch die Genossen Allmann, Ehlert und der Landrat Genosse Ulm. Genosse Anderson wies noch darauf hin, daß in einem Nachbarlokal die Hakenkreuzler tagen, Ludendorff werde erwartet. Die ganze Stadt hatte schwarz-weiß-rot geflaggt. Eine große Faschistenparade solle heute noch stattfinden. (Ueber den Aufmarsch der Faschisten wurde bereits ausführlich berichtet.) Nach weiterer Debatte wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 29. Juni in Kramers Gesellschaftshaus tagende Konferenz der SPD. beschließt nach einem Referat des Genossen Bartosch und nach eingehender Aussprache einstimmig, eine dauernde Agitation für das ganze Land vorzubereiten und möglichst bald durchzuführen. Die Konferenz beschließt weiter, in den Ortsgruppen die Parteigenossen aufzufordern, daß sie auf alle antirepublikanischen Vorkommnisse ihr Augenmerk richten und die führenden Genossen sofort von diesen Vorkommnissen in Kenntnis setzen, damit diese ihrerseits sofort eingreifen können."

H. W.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Mecklenburg und die Sachverständigenpläne. Im mecklenburgischen Landtage richteten die Deutschvölkischen die Anfrage an die Regierung, welche Schritte sie zu tun beabsichtige, um die Rechte und Interessen des Landes gegenüber **den Eisenbahnplänen der Pariser Sachverständigen zu wahren.** Der deutschnationale Staatsminister Dr. v. Oertzen erwiderte, daß die Arbeit der Organisationsausschüsse daraufhin nachgeprüft werden müsse, ob das Lebensinteresse des deutschen Volkes und der deutschen Länder gewahrt bleibe. In diesem Sinne sei das mecklenburgische Staatsministerium wiederholt bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Es werde seinen Standpunkt in der am Donnerstag stattfindenden Ministerbesprechung in Berlin vertreten, sich einer Veräußerung oder Belastung der Eisenbahnen mit den Lasten des Staatsvertrages widersetzen und einer solchen Veräußerung oder Belastung seine **Zustimmung versagen.** Die Mehrheit des mecklenburg-schwerinschen Landtages nahm diese Erklärung mit stürmischem Bravo auf.

Altona. Sozialdemokratischer Sieg. Bei den Magistratswahlen am Sonntag errang die Sozialdemokratie nach dem vorliegenden vorläufigen Endergebnis einen vollen Erfolg. Während **alle anderen Parteien** im Verhält-

Leichtfertige Auswanderungsunternehmen.

In der Korrespondenz des Deutschen Auslandsinstituts (Stuttgart) lesen wir: Die deutsche Heimat verfolgt mit regem Interesse die Schicksale ihrer Auswanderer, besonders derer, die sich zu größeren Gruppen zusammengeschlossen haben. Ueber die Paraguaysiedlung „Neu-Karlsruhe" liefen bereits die ersten Nachrichten aus Südamerika beim Deutschen Auslandsinstitut ein. Die Nachricht, daß 7000 Personen sich zur Auswanderung nach Paraguay entschlossen haben, rief zunächst in den Kreisen des dortigen Deutschtums große Bestürzung hervor. „Die Zahl von 7000 Personen wird 1 Prozent der gesamten Bevölkerung Paraguays betragen und das 1½fache der dort ansässigen Deutschen" — so wird aus der Hauptstadt Paraguays geschrieben. „Günstiges Fiskalland ist zurzeit nicht vorhanden. Irgendwelche Vorbereitungen für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Einwanderern sind nicht getroffen. Nach der Aussage des Vorsitzenden des Deutschen Volksbundes würde schon die Ankunft von 250 Familien eine Krise bedeuten. Nur eine langsame und allmähliche Einwanderung ist möglich. Auf Privat- oder Genossenschaftsländereien lassen sich vielleicht einige 100 Familien noch und nach ansiedeln. Nur landwirtschaftlich ausgebildete gesunde und kräftige Personen haben Aussicht auf Fortkommen." Irgendwelche Angebote hinsichtlich der Besiedelung von Privatländereien lagen am 3. April noch nicht vor. Man will wohl Land verpachten oder veräußern, ist aber nicht bereit, durch Vorschüsse, durch Lieferung von Vieh oder Lebensmitteln oder durch Hausbau über die erste schwere Zeit hinwegzuhelfen. Tatsächlich wurde Paraguay einstweilen von dem Zustrom größerer Einwandererscharen verschont, da ein Teil der Ende Februar ausgereisten Auswanderergruppe von 250 Personen wegen des fehlenden argentinischen Durchreisevisums in Montevideo hängen blieb und ein anderer Teil in Buenos Aires für argentinische Siedlungsländereien interessiert wurde. In einem weiteren Briefe aus der Hauptstadt Argentiniens vom 31. April heißt es: „Wir haben verhindert, der Siedlungsgesellschaft aus der Gegend von Karlsruhe und Worms bei ihrem Siedlungsunternehmen behilflich zu sein. Sicher wird diese Gesellschaft dasselbe Schicksal treffen wie alle Vorigen bisher. Die Leiter dieser Gesellschaft scheinen äußerst dem vermögende Menschen zu sein und haben sich ohne Ansehen gestellt, der sie unserer Ansicht nach nicht gewachsen sind. Auch haben sie offenbar gewissen Ratgebern ihr Ohr geliehen, die wohl selbst von den wirklichen Verhältnissen im Lande nicht wenig Ahnung haben. Ein Teil, und zwar wie wir glauben, die Leute, die über etwas Kapital verfügen, sind bereits nach Paraguay gegangen. Ein anderer Teil murrt offen gegen die Machenschaften ihrer Führer und will sich auch von ihnen trennen. Was übrig bleibt, sind Leute, die vielfach nicht für Ansiedlung geeignet sind. Sie stehen in Unterhandlung über den Ankauf eines Campes. Da die Leute aber offenbar nicht über genügend Kapital verfügen und fast ausschließlich mit Kredit arbeiten wollen, so dürfte diesem Unternehmen von vornherein der Todesstempel aufgedrückt sein.

Von der in Montevideo hängen gebliebenen Gruppe heißt es in einem Schreiben vom 23. April: „Die Auswanderer aus Süddeutschland für die Paraguay-Kolonisation sind hier durchgekommen. Einige von ihnen, die das argentinische Visum zur Durchreise nach Paraguay nicht besaßen, wurden hier einfach abgesetzt. Eine Familie, die nur sehr geringe Mittel hatte, erhielt hier durch uns Arbeit, und obgleich die Stellung nach meiner Meinung glänzend ist, sind die Leute sehr unzufrieden und wollen schon wieder weiter. Den vier andern wurde durch bedeutende Unterstützung von seiten des hiesigen Deutschen Hilfsvereins die Weiterreise nach Paraguay ermöglicht. Die Auswanderer wollten nach Asuncion. Ich bitte Sie, die Auswanderer vor allen Dingen darauf aufmerksam zu machen, daß sie durch keine Macht der Welt hier die Ausreiseerlaubnis nach Argentinien erhalten, wenn sie diese nicht schon von drüben mitbringen. Amerika wird viel zu sehr überschätzt, möchte man das doch den Leuten drüben einprägen! Das hiesige deutsche Vermögen wird durch die Auswanderer hier gänzlich verpulvert, denn die Leute hören nicht auf die Ratschläge, die man ihnen gibt. Sie wollen alle zu hoch hinaus und ungefähr dort anfangen, wo die Eingesessenen nach einem ganzen arbeitsreichen Leben aufgehört haben. Schließlich scheidet hier bei der Kolonisation jeder enthusiastische Faktor aus; und dieser Faktor ist bei den Auswanderern zu groß; daher ihre Enttäuschungen."

Wie alt ist das Buch?

Die Vorläufer des Buches blicken auf ein Alter von ungefähr 4000 Jahren zurück. Allerdings hat das Buch die heutige Form nicht immer gehabt. Sie ist einige hundert Jahre alt. Man weiß auch nicht genau, wie das Buch zu seiner heutigen Gestalt gekommen ist. In Aegypten gab es im 2. Jahrtausend vor Christi Papyrusrollen. Papyrus wurde aus den entrindeten Schäften der Papyrusstaude gewonnen. Die Rollen versah man mit Holzstäben, um sie leicht auf- und abwickeln zu können. Neben den Papyrus- wurden auch Pergamentrollen verwendet. Das Pergament gewann man aus den Häuten der Kälber. Im Gebrauch mag das Rollen unbequem geworden sein, irgend ein Findiger kam auf den Gedanken, den langen Papierstreifen zu falten. So war der Streifen bequemer zu handhaben. Man konnte nun irgend eine gesuchte Stelle aufschlagen, ohne rollen zu müssen. Auf diese Weise war man zum Buchblatte gekommen. Es gibt heute noch unzerreißbare Bilderbücher für kleine Kinder, die Faltbücher sind. Man nennt sie Leporellobilderbücher. Die Japaner haben die ersten Faltbücher gehabt. Später hat man die eine Seite des so gefalteten Blocks geheftet und damit einen Buchblock gewonnen. Sie waren nur oben und unten geschnitten und hafteten an der Seite zusammen. Wie die Entwicklung zu dem heutigen Buche vor sich ging, weiß man nicht. Vielleicht sind die Blockbücher durch den Gebrauch selbst beschädigt und aufgerissen worden. Das dürfte die wahrscheinlichere Erklärung dafür sein. Vor der Erfindung der Buchdruckerkunst, als es die Aufgabe der Mönche und anderer Schreibfähiger war, Bücher mit vieler Mühe zu schreiben, waren sie natürlich weit kostbarer und seltener als heute. Der Buchdruck erst war es, der das Buch verbilligte und dadurch jedem zugänglich machte. Im Mittelalter gab es Laienschreiber, die auf eigene Rechnung Bücher schrieben und sie dann verkauften. Das mögen die Anfänge des Buchhandels gewesen sein. Kurz nach der Erfindung der Buchdruckerkunst, waren die Drucker auch allgemein gleichzeitig Verleger. Vielfach wurden die gedruckten Bücher auf offener Straße feilgehalten. Doch die vielen Unbequemlichkeiten, Unbeständigkeiten des Wetters, Kälte, haben dazu geführt, daß die Buchhändler in Läden zogen. In den letzten Jahren haben wieder geschäftstüchtige Leute versucht, den Handel mit Büchern auf die Straße zu bringen, indem sie mit kleinen fahrbaren Läden in lebhafte Laufgegenden drangen. Allein, ein gutzusammengestelltes Sortiment findet man nicht auf den Wagen, sondern nur in gut geleiteten Läden. Die Buchhandlung des Lübecker Volksboten darf das für sich in Anspruch nehmen. Gerade die jetzige Sonderausstellung sozialistischer Literatur lockt ganz besonders zur Besichtigung.

Schnecken, die den Kühen das Gras wegfressen. Aus Oldenburg wird geschrieben: Wer in diesen Frühsommertagen den Kloppenburg bereist, findet dort trotz der niederschlagsreichen, für den Großwuchs der Viehweiden sehr günstigen Witterung große Weideflächen völlig verdorrt und abgestorben vor. Die Ursache dieser in solchem Ausmaße noch nie beobachteten Erscheinung ist das massenhafte Auftreten kleiner grauer Ackerschnecken, die in großen Schwärmen die Ländereien überziehen und durch das Abfressen der Graswurzeln der ganz auf Viehweide eingestellten Landwirtschaft schwersten Schaden zufügen. Verschiedentlich hat das Vieh bereits infolge des Grasmangels von den Weiden herunter genommen und in Ställen untergebracht werden müssen und vielen Viehbesitzern ist die erste Heuernte völlig vernichtet worden. Mit Hilfe von Kainit- und Kalklösungen, die über die betreffenden Ländereien ausgegossen werden, versucht man der Schneckenplage Herr zu werden, doch ist der Erfolg bisher nicht sehr ermutigend.

als zu den Wahlen am 4. Mai einen **starken Rückgang** ihres prozentualen Stimmanteils zu verzeichnen haben, hat die **Sozialdemokratie ihren Prozentsatz wesentlich gesteigert.** Ein Vergleich der absoluten Ziffern gibt infolge der bei Magistratswahlen immer sehr schwachen Wahlbeteiligung von etwa nur 15 Prozent aller Wahlberechtigten erhielten die Kandidaten der **Sozialdemokratie 9515 Stimmen,** die Kommunisten 2704, die bürgerliche Einheitsliste und die Völkischen zusammen etwa 7420 Stimmen. Während am 4. Mai die Kommunisten 58 Prozent der sozialdemokratischen aufbrachten, konnten sie es am Sonntag nur auf 28 Prozent bringen, und während auf 100 sozialdemokratische Stimmen am 4. Mai 106 bürgerliche Stimmen kamen, fielen auf 100 sozialdemokratische Stimmen nur 77 bürgerliche. Neben den unbesoldeten Senatoren wurde gleichzeitig für den Oberbürgermeister gewählten Gen. Brauer die Wahl eines Bürgermeisters vorgenommen. Auf diese Wahl konzentrierte sich das Hauptinteresse. Gewählt wurde der von der **Sozialdemokratie** unterstützte Kandidat Dr. Ebert-Kiel mit 9943 Stimmen gegenüber dem von dem bürgerlichen Einheitsblock und den Völkischen unterstützten Kandidaten Dr. v. Hansemann-Berlin mit 7420 Stimmen. Der dritte Kandidat erhielt nur 29 Stimmen.

Die Verhältnisse in der Kautabakindustrie Schleswig-Holsteins und Mecklenburgs.

Die Arbeiterschaft in der Kautabakindustrie in Schleswig-Holstein und Mecklenburg steht in einer Lohnbewegung, die folgende Ursache hat: Die wichtigsten Fabrikationsorte sind Nordhausen und Salza. Dort werden etwa 60 Proz. aller in dieser Industrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Im Jahre 1912 gelang es dem Deutschen Tabakarbeiterverband, nach hartnäckigen Kämpfen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Im November 1919 wurde für die gesamte Kautabakindustrie ein Reichstarifvertrag vereinbart und auch durch das Reichsarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt. Dieser Reichstarifvertrag wurde hauptsächlich auf Betreiben einiger Kautabakfabrikanten in Schleswig-Holstein und Mecklenburg im Oktober 1922 zu Fall gebracht, und zwar mit der Begründung, daß der Tarif ausschließlich auf die Nordhäuser Verhältnisse aufgebaut sei und ihre Fabrikationsart nicht genügend berücksichtige. Die Arbeiterschaft war aber anderer Ansicht und befürchtete, daß die Arbeitgeber lediglich von dem Bestreben geleitet waren, von den Fesseln des Reichstarifvertrages befreit zu werden und die Löhne und Arbeitsverhältnisse wieder nach ihrem Ermessen bestimmen zu können. Die Erfahrungen der Folgezeit haben die Befürchtungen der Arbeiterschaft leider bestätigt. Der Umstand, daß in den in Betracht kommenden Betrieben in Rendsburg, Flensburg, Eckernförde, Plön, Rostock usw. auch Kautabak hergestellt wird und für die Rauchtabakbranche ebenfalls ein allgemeinverbindlicher Reichstarifvertrag vereinbart ist, der auch bisher immer wieder erneuert wurde, führte zu ganz unhaltbaren Verhältnissen. Für die in diesen Fabriken beschäftigten Arbeitnehmer waren die Löhne tariflich geregelt, während die in der Kautabakherstellung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben waren. Das erzeugte natürlich unter der Arbeiterschaft große Unzufriedenheit. Auf Gund des Reichstarifs waren die Löhne in Rendsburg, Flensburg, Plön, Eckernförde und Rostock mit Nordhausen gleich. Nach Aufhebung des Reichstarifs, und besonders während der schlimmsten Inflationszeit 1923, gelang es nur mit den größten Schwierigkeiten, für die Zeitlohnarbeiter diesen Stand zu behaupten. Durch neue Tarifverträge sind für etwa 70 bis 75 Proz. aller in der deutschen Kautabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit, Ferien tariflich geregelt. Es ist infolgedessen ganz erklärlich, daß auch die übrige Arbeiterschaft immer wieder verlangt, daß auch ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder tariflich geregelt werden. Die Arbeitgeber erklärten zwar immer, daß sie durchaus nicht abgeneigt seien, einem Bezirkstarifvertrag für Norddeutschland oder für Schleswig-Holstein und Mecklenburg beizutreten, dagegen müßten sie einen Tarif nur für ihren Betrieb ablehnen. In einer Konferenz der Kautabakarbeiter in Altona wurde beschlossen, daß mit aller Energie der Abschluß eines Bezirkstarifvertrages verwirklicht und eine Regelung der erheblich zurückgebliebenen Löhne der Akkord- und Zeitlohnarbeiter erfolgt. Die erforderlichen Maßnahmen wurden auch getroffen und in den schon mehrfach genannten Orten sind die Arbeitervertreter bei ihren Arbeitgebern vorstellig geworden. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich ganz offensichtlich (die Arbeiter waren sich darüber auch längst klar), daß die meisten Arbeitgeber überhaupt Gegner von Tarifverträgen sind und die gegenwärtige schlechte Geschäftskonjunktur zu ihrem Vorteil auszunutzen sich bemühen. Die Arbeiterschaft rechnet damit, daß sich die Arbeitgeber doch noch entschließen, ihren Wünschen zu entsprechen, sind aber anderseits auch entschlossen, sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln zu erkämpfen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Die Wetterlage ist von neuem unsicher geworden. Ein Ausläufer tiefen Luftdruckes ist in Irland erschienen und breitet sich schnell ostwärts aus, so daß er morgen bereits Norddeutschland und Dänemark beeinflussen dürfte. Das westliche Hochdruckgebiet weicht langsam vor ihm zurück. Ueber Mitteleuropa ist der Luftdruck sehr gleichmäßig verteilt und beträgt im Mittel etwa 760 Millimeter.

Vorhersage für den 2. und 3. Juli.

Nach Bewölkungszunahme Einsetzen von Regenfällen. Temperaturen zunächst zunehmend, dann wieder kühler.

Vermischte Nachrichten.

Mörder seines Kindes. An der Niederader Schleuse in Frankfurt a. M. wurde die Leiche eines dreijährigen Kindes gelandet. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, ist das Kind von seinem eigenen Vater, dem Arbeiter Tetzlaff, einem arbeitsscheuen Menschen, der mit seiner Familie in Streit geraten war, zunächst betäubt und dann ins Wasser geworfen worden, nachdem er dem Kind einen Stein um den Hals gebunden hatte. Seine in einem Brief geäußerte Absicht, sich selbst das Leben zu nehmen, scheint er indessen nicht ausgeführt zu haben, da er einige Tage nach Absendung des Briefes noch gesehen worden ist.

Schiffsunglück auf dem Haff. In der Montag nacht stieß auf dem Haff in der Nähe der Zellulosefabrik der Dampfer „Cranz", der mit Ausflüglern von Schwarzort kam und nach dort zurückkehrte, auf den Dampfer „Beethoven" auf, der hinter dem Radkasten getroffen wurde. Das Schiff wurde fast **völlig durchschnitten und sank in wenigen Minuten.** Die Mannschaft konnte mit knapper Not gerettet werden. Die Schuld trifft den Kapitän des „Beethoven", der einem des Steuerns unkundigen Matrosen die Führung des Schiffes übertragen hatte. Dieser war trotz der Warnungssignale zu spät ausgebogen. Der Dampfer „Cranz" erhielt ein **metergroßes Loch am Vordersteven** über der Wasserlinie. Da auf dem stark besetzten Dampfer „Cranz" eine Panik ausbrach, geriet auch dieser in große Gefahr. An Bord befindlichen Polizeibeamten und der Mannschaft gelang es, die Fahrgäste zu beruhigen. Der Dampfer „Beethoven" liegt bis an den Schornstein im Wasser.

Ein Sechsjähriger als Hochtourist. Das bekannte „Ettaler Mandl" in den Ammergauer Bergen, eine durchaus nicht leichte Kletterpartie, ist dieser Tage von einem sechsjährigen Knaben, Lothar Vagel aus München, bestiegen worden. Der Vater dieses Knaben und sein Bruder hatten das Ettaler-Mandl bestiegen und saßen, in die Betrachtung der Landschaft versunken, auf dem Gipfel, als plötzlich der sechsjährige Knabe vor ihnen auftauchte. Er hatte gewußt, daß sein Vater auf den Berg gestiegen war, und war ihm, ohne jemanden irgend etwas davon zu sagen, nachgeklettert. Etwa die letzten hundert Meter des Gipfels stellen eine ungemein schwierige Kletterpartie dar. Die Felsen sind mit Eisenklammern versichert, aber der Knabe hat diese Versicherungen, die ihm viel zu hoch waren, nicht benutzen können; so hat er sich, auf allen Vieren kriechend, von Fels zu Fels emporgearbeitet.

Sport.

Reichs-Arbeitersportwoche.

Resultate der Wettkämpfe und Spiele am Sonntag, dem 29. Juni, Buniamshof:

Fünfkampf, Oberstufe	1. H. Rooks, ATV.	mit	409	Punkt.
	2. A. Meyer, BSV.	„	289	„
	3. W. Rückriem, Kücknitz	„	284	„
„ Mittelstufe	1. H. Kleve, ATV.	„	397	„
	2. E. Endler, SFV.	„	394	„
	3. K. Ahlgrimm, ATV.	„	366	„
Dreikampf, Jugend	1. H. Wöst, FST.	„	297	„
	2. H. Warnk, ATV.	„	288	„
	3. H. Schulz, Arb.-Jug.	„	257	„
Vierkampf, Fußballer	1. H. Plehn, Marli	„	242	„
	2. L. Dehn, Marli	„	221	„
	3. M. Lempke, Marli	„	216	„
„ Turnerinnen	1. H. Böttcher, FSV.	„	236	„
	2. A. Frech, ATV.	„	221	„
	3. P. Schomann ATV.	„	216	„

Schlagball:	BSV. 1a-Lübeck Abt. I 1a	83:53
„	Schlutup 1a-Moisling 1a	90:28
„	Stockelsdorf 1a-Kücknitz 1a	75:68
Faustball:	Lübeck, Abt. II 1a-FSV. 1a	107:108
„	„ Abt. II 1b-FSV. 1b	96:84
„	„ Frauen I-FSV. Frauen I	56:37
„	„ „ II-FSV. „ II	15:26
„	Kücknitz 1a-Stockelsdorf 1a	92:60
	Lübeck, Abt. II 1a-Schlutup 1a	175:165

Staffetten: Männer,	4×100 Meter	1. ATV. I	in 50	Sek.
		2. Kücknitz	52,2	„
		3. ATV. II	52,4	„
		4. Marli	53,1	„
		5. FSV.	53,2	„
„ Jugend,	5×100 Meter	1. Lübeck	1,11	Min.
		2. Marli	1,12	„
„ Turnerinnen,	4×75 Meter	1. ATV.	48,1	Sek.
		2. FSV.	49,3	„
Schwedenstaffette:	400-300-200-100 Met.	1. Lübeck 2	Min. 21,2	Sek.
		2. Kücknitz 2	„ 34,2	„
Fußballerstaffette:	400-400-200-200 „	1. FSV. 3	„ 31	„

Marli abgebrochen. F. P.

Freier Wassersport-Verein e. V. Lübeck. Am Sonntag, dem 29. Juni, wurden in der Badeanstalt Falkendamm zwei fällige Bezirksspiele ausgetragen. Wismar I-Lübeck II, Altona I-Lübeck I. Im ersten Spiel stellten sich beide Mannschaften um 4.10 Uhr dem Altonaer Schiedsrichter Straumald. Es zeigt sich gleich im ersten Augenblick, daß Wismar den Lübeckern nicht gleichwertig war. Es fehlte an schnellen Schwimmern und Balltechnik. Demzufolge endete das Spiel mit einem Resultat 6:0 für Lübeck. — Im nächsten Spiel wurde den Zuschauern ein einwandfreies Spiel vorgeführt. Es setzt gleich nach Anwurf ein scharfes, freies Feldspiel ein. In der zweiten Minute sendet Lübeck das erste Tor bei Altona ein. Kurz darauf ist der Ausgleich hergestellt. Nach Halbzeit konnte Altona noch einmal einsenden. Während des ganzen Spiels zeigte sich eine Ueberlegenheit der Lübecker Mannschaft und eine große Schußfreudigkeit. Leider hatte Lübeck keinen glücklichen Tag und schoß dauernd vorbei. So endete das Spiel mit einem Resultat 2:1 für Altona.

G. H.

Die Stimme der Jugend

Volk.

Volk ist kein fühllos ungewisser Brei,
Der ganz nach Eurem Sinn zu kneten sei.
Volk, das ist Sehnsucht, heiß und ungestillt,
Der Brunnen ist's, aus dem die Zukunft quillt.
Die Fuge ist's, zu mächtigen Harmonien.
Volk, das ist Saat, um Bäume aufzuziehen.
Zu scharfer Schnitt, zu sonnenloser Stand . . . .
Kein guter Baum gedeiht auf dürrem Sand,
Und wer die Knospen und die Blüten bricht,
Dem trägt der Baum die besten Früchte nicht. P.

Jugend und Sport.

Die Reichs-Arbeiter-Sportwoche liegt hinter uns mit ihren Festen, ihrer Freude.

Die Arbeiter-Sportler haben gezeigt, was sie können, und wahrlich, wir können stolz sein auf das, was geleistet worden ist. Mir kommen die Worte in den Sinn: „Nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist wohnen." Mit andern Worten: Willst du geistig vorwärts kommen, dann muß du den Körper stählen. Diesem Ausspruch zustimmen, heißt aber nun auch, in irgend einer Form Sport betreiben. Eine Frage ist nun, welcher Sport ist für die Jugend der richtigste? — Die Arbeiter-Jugend hat sich das Wandern zu eigen gemacht. Und wahrlich, es gibt nichts Schöneres, als mit Rucksack und Klampfe hinaus zu ziehen in Gottes freie Natur. Wer einmal die Freuden einer Wanderung erlebt hat, den wird es immer wieder hinaus ziehen in Wald und Flur.

Ist nun Wandern wirklich der einzige Sport, der für uns in Betracht kommt? Wer wandert heute noch um seines Körpers willen? Wer achtet heute beim Wandern auf seinen Körper? Man achtet erst darauf, wenn man vor lauter Blasen an den Füßen nicht mehr weiter laufen kann. Was nun, höre ich fragen, da gibt es nur eine Antwort: hinein in die Arbeiter-Sportvereine. Durch einen Vertrag mit dem Arbeiter-Turnverein sind unsere Mitglieder berechtigt, kostenlos an den Spiel- und Turnabenden teilzunehmen. Gerade heute ist es notwendig, daß die Jugend, die durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit körperlich heruntergekommen ist, durch planmäßiges Turnen ihren Körper kräftigt. Denn nur eine körperlich gesunde Arbeiterschaft wird sich allen Gewalten zum Trotz behaupten, wird sich durchsetzen können.

Wie so manches andere Ding im Leben, so hat auch dieses Wort vom gesunden Geist seine Schattenseite, seinen Haken.

Man sollte doch annehmen, daß, nachdem eingesehen ist, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann, alle diejenigen Jugendlichen, die sich geistig betätigen, nun auch in irgend einer Form Sport betreiben.

Gerade das Gegenteil ist der Fall. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß, je größer der Fremdwörterbestand des Einzelnen wurde, er in demselben Maße vom Sport, von rein körperlicher Ausbildung zurücktrat. Dies sollte zu denken geben; ich maße mir nicht an, die Gründe hierfür nennen zu können. Vielleicht wird dieser oder jener alte Sportgenosse etwas darüber sagen können. (Die Spalten der Jugendstimme werden dazu zur Verfügung stehen.) Jedenfalls ist die Sache zu ernst, um mit dem bloßen Gerede vom scheinbar besser sein wollen abgetan zu werden.

*

Anm. der Schriftleitung: Auch uns scheint die hier angeschnittene Frage: „Wie kommt es, daß die geistig vorwärtsstrebende Jugend sich am Sportleben so wenig beteiligt?" wichtig genug, um für eine oder mehrere Antworten Raum zu gewähren. Man möge aber gleich die andere Frage mit beantworten: Wie kommt es, daß die sporttreibende Jugend sich im allgemeinen an dem geistigen Vorwärtsstreben so wenig beteiligt.

Bücher.

Johannes Schult: Das Jugendproblem in der Gegenwart. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin. 88 Seiten. Preis 0,70 Mk.

Das lange vergriffene Buch ist in dritter, bedeutend erweiterter und vermehrter Auflage erschienen. In der ersten Hälfte des Buches entwirft der Verfasser ein teilweise erschütterndes Bild von den Hemmnissen, die das Wirtschaftsleben unserer Zeit der freien Entfaltung junger Menschen bereitet. Zum Schluß zeigt er, wie die Wege, die die sozialistische Weltanschauung uns weist, auch der Jugend die Möglichkeit einer ungehemmten Entwicklung eröffnen werden.

Die zweite Hälfte des Buches behandelt die Probleme, die das gesellschaftliche Leben für die Jugend aufrollt. Auch hier muß der Verfasser ein Bild der Zwiespältigkeit und der Gefahren entwerfen, die das Leben der Gegenwart für die Jugend des Proletariats enthält. Besonders gedankenvoll und selbständig ist der Abschnitt „Jugend und Autorität". Gut ist auch das Kapitel „Jugendgemeinschaften". Was der Verfasser über die ungleich besseren Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend im Mittelalter sagt, ist sicher etwas einseitig.

Im ganzen ist das Buch ein ausgezeichnetes Spiegelbild der Sehnsucht unserer proletarischen Jugend nach einer höheren Lebensgestaltung. Was in den letzten zwei Jahrzehnten in unserer Jugend braust und gärt und immer mehr Form gewinnt in dem bewußten Willen zur Schaffung eines besseren Lebens, das ist in dem Büchlein wiedergegeben. Seine Lektüre kann jedem Genossen empfohlen werden. (Vorwärts.)

Monatsprogramm für Monat Juli.

Abteilung Marli.

M. 2. Vortrag des Genossen Arenhold.
F. 4. Funktionärsitzung.
S. 6. Fahrt nach Grevesmühlen; Teilnahme am dortigen Gewerkschaftsfest. Das Heim bleibt geschlossen.
M. 9. Monatsbesprechung.
F. 11. Rezitationsgruppe.
S. 13. Wanderung nach Travemünde, ab 6 Uhr Heim.
M. 16. Vortrag: „Warum muß der Arbeiter organisiert sein?" Ref. Dreger.
F. 18. Mädchenabend.
S. 19. Landheim, ab 8 Uhr abends.
S. 20. Landheim, ab 6 Uhr morgens; ab 4 Uhr nachm. Spiel und Tanz im Stadtpark. Das Heim bleibt geschlossen.
M. 23. Vortrag: „Diktatur oder Demokratie." Ref. Konrad Scharp.
F. 25. Wanderkommission.
S. 27. Wanderung nach Ratzeburg (mit Motorbootfahrt verbunden); näheres am schwarzen Brett; abends 8 Uhr: Bunter Abend.
M. 30. Diskussion: „Unsere Bewegung im Reiche und wir."

Jeden Montag und Donnerstag Spiele im Freien (Exerzierkoppel).

Jeden Sonntag nachmittag ab 3 Uhr: Zusammenkunft der Kindergruppe. Näheres hierüber am schwarzen Brett.

Abteilung Holstentor.

M. 2. Monatsbesprechung.
S. 5. Reigenabend.
M. 9. Vortrag.
S. 12. Unterhaltungsabend.
M. 16. Vortrag: Hermann Löns.
S. 19. Plattdeutscher Abend.
M. 23. Vortrag.
S. 26. Festabend.
M. 30. Vortrag: Polizeiwesen.

Gemeinsame Veranstaltungen.

Sonntag, 6.: Werbefahrt nach Grevesmühlen. Treffen 7 Uhr Bahnhof. (Kosten 1,20.)

*

Es sei besonders darauf hingewiesen, daß unsere Mitglieder durch einen Vertrag mit dem Arbeiter-Turn- und Sportverein berechtigt sind, kostenlos an den Turn- und Spielabenden desselben teilzunehmen. D. V.

Unsere Kontorräume befinden sich ab heute

Fernsprecher 8610, 8604. **Königstraße 49** Fernsprecher 8610, 8604.

Maaß & Co. G. m. b. H. Kohlen aller Art

4863

Amtlicher Teil

Oeffentl. Sitzung des Verwaltungsgerichts
am Donnerstag, dem 3. Juli 1924,
nachmittags 4 Uhr
im Verwaltungsgebäude, Fleischhauerstraße 20, Zimmer 25. (4862

Wegesperrung.

Wegen vorzunehmender Erneuerung des Bahlenbelages an der Ueberführung der Lübeck-Schlutuper Eisenbahn über die verlängerte Hirtenstraße wird letztere vom 3. d. Mts. ab auf etwa 3 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Lübeck, den 1. Juli 1924. (4844

Das Polizeiamt.

Oeffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 4. d. Mts., vorm. 9 Uhr, vor dem bezw. im Gerichtshause:

1 Fuchswallach (Arbeitspferd), ca. 15 Jahre alt, Sofas mit und ohne Umbau, Sessel, Tische, Stühle, Vertiko, Schreibtisch, Teppiche, Spiegel, Bilder, Regulator, Stummerdiener, Bettstellen und Bettzeug, Bett- und Kissenbezüge, Damen- und Herrenhemden, Kaffeeservice, Gläser, Kuchen-, Frucht- und Glasteller, Tischmesser und Gabel, 1 Ztr. Weizenmehl, große Partie **Liköre u. Zigaretten**, Zigarren, 2 Ztr. Rauchtabak, 40 Dtzd. Scheckpfeifen, Zigarettenpapier, Pipa-Tütchen, 3 Magnete für Motore, **Fahrrad**, Füllfederhalter, Farbstifte, Schreibmaschine, Photographieapparat, verschied. Bücher, 1 Partie Konserven u. a. m.

4874) **Das Gerichtsvollzieheramt.**

Nichtamtlicher Teil

Wir suchen für **alle Abteilungen** tüchtige u. gewandte

Verkaufs-Aushülfen.

Meldungen mit Original-Zeugnissen in den Vormittagsstunden erbeten. (4855

Rudolph Karstadt A.-G.

Am Montag entschlief sanft unser kleiner Liebling

Günther

im zarten Alter von 6 Monaten. 4865

Schmerzlich vermißt von seinen Eltern **P. Schrader u. Frau** nebst Geschwister.

Beerdigung Sonnabend, 5. Juli, 10½ Uhr Leichenh. Vorw.

Jg. Frau f. Beschäftigung zum Volksfest. Ang. unt. **D 210** an die Exp. d. Bl. (4870

Reisender

bei Stadt- u. Landkundschaft eingeführt, sucht Mitnahme einig. Artikel. Ang. u. **D 209** a. d. E. (4868

Aelt. Ehepaar tauscht H. abgesch. 3-Zim.-Wohn. III. Etg. geg. gl. I. od. II. Etg., Burg- od. Holstent. Ang. unt. **D 208** an die Exp. d. Bl. (4854

Jg. Mädchen sucht einf. mobl. Zimmer. Ang. m. Preis unt. **D 211** an die Exp. d. Bl. (4871

Herrenrad m. Freil. verkäufl. (4866) Friedrichstr. 8, I.

Ein gut erh. Klappstuhl zu verkaufen. (4847 C. Meyer, Schwartau, Lübeckerstraße 25.

Saan-Milchziege, ca. 3 Ltr. Milch, u. kl. **Pinscher (Rattenbeiß.)** z. vk. Fackenburger Allee 58a 4857) Tel. 1356.

Neues Damen-Rad billig Hundestr. 76, l. v. (4869)

Bill. zu verk. 1 zweischl. Bettstelle ohne Matr. 4863) Schlumacherstr. 5/3.

Junge Kaninchen billig zu verkaufen. (4848 Kelling, Schwartau, Augustastr. 16.

Ein jg. Hund, sehr geeignet als Vieh- u. Wachhund, zu verkf. Näh. 5 Uhr. Wiesenweg 4. (4852

Pa. große Fertel billig zu verkaufen. (4851 Ernststraße 12.

Zeltplan (3½×9 m od. 3½×6 m) auf 8 Tage zu mieten gesucht. Näh. i. d. Exped. d. Ztg. (4849

Wer leiht einer Witwe 10 Mk. zur Miete. Ang. u. **D 207** a. d. Exp. (4855

Hut-Ziehe
Herren-Hut-Reparaturen jeder Art. (4639
Neu-Verkauf von Hüten und Mützen.
Albert Ziehe, Hutm., Wahnstr. 9.

Metallbetten.
Stahlmatr., Kinderbett., dir. a. Priv., Kat. 43 U frei. 4756) Freiwalder Bettfabrik (D)

Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie

Grundzüge der Marxschen Soziologie
von **Heinrich Kunow**
geb. **Mk. 12.—**
Buchhandlung des **„Lübecker Volksboten"**
Johannisstraße 46

Das Kapital
Kritik der politischen Oekonomie
von **Karl Marx**
1. Band, 1. Buch

Der Produktionsprozeß des Kapitals
Volksausgabe
Herausgegeben von **Karl Kautsky**
geb. **Mk. 8.—**
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46

Führer durch Bad Oldesloe
mit Ausflügen in die Umgegend
mit Stadtplan und Umgebungskarte von Oldesloe
Preis 1.— Mark
Buchhandlung des **Lübecker Volksboten**
Johannisstr. 46

Jetzt Ungeziefer
beseitigt **Fr. Kröger**, beeidigter Kammerjäger u. öffentlicher Sachverständiger, **Alstraße 3** Fernruf 1794. 4677

Für jedes Fest
Bier-Siphon-Verband Hundestr. 58. F. 1071
(4619) **Karl Lender.**

Eleg. Kleiderstoffe, Voiles, Frottés, Cheviots, eleg. Damen-, Kinder-, Herren-, Knaben-Konfektion, Aussteuer, Wäsche, Manchester, starke und eleg. Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder usw.

Ehlers & Redtwisch
Holstenstr. 1 St. Petri 2 u. 4
Bekannt reelles Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
4868

Morgen Eröffnung der
Schlachterei und Wurstmacherei Marlesgrube 18.
Um gütigen Zuspruch bittet (4872
W. Müggenburg.

Paul Fiedler
Psychologe und Naturheilkundiger
Telephon 3451. **jetzt wieder Braunstr. 22**
Sprechstunden: jetzt **täglich** von 8—1 Uhr und 3—6 Uhr.
Behandlung **aller** Krankheiten.

Geehrter Herr Fiedler!
Infolge Behandlung an Ischias kann ich erklären, daß ich mich jetzt ganz wohl fühle und meine Arbeit seit 6 Wochen wieder aufgenommen habe, wofür ich Ihnen meinen Dank ausspreche. Mein Gesicht ist besser, aber nicht geheilt. Ich hätte mich gern weiter von Ihnen behandeln lassen, aber meine Beschäftigung läßt es leider nicht zu. Sollte sich später Zeit und Gelegenheit finden, so werde ich noch eine Kur bei Ihnen durchmachen. J. Kocke.
Lübeck, Brockesstr. 47. (4841

Wo hast du denn die schönen blauen Augen her . . . ?

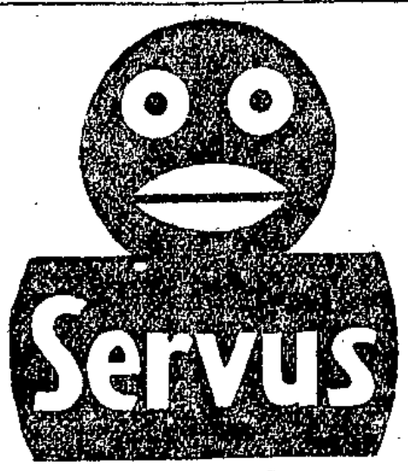
Zeichnung von H. Zille

„Melden gehorsamst zurück vom Sturmangriff auf Arbeiterjugend. Leider durch Dolchstoß von hinten — genau wie Exzellenz — am Sieg verhindert!"

Aus „Lachen links", Heft 25. Erscheinungstag: 27. Juni 1924.

Zu beziehen durch:

Buchhandlung des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46



Terpentin-Schuhputz
macht wasserdicht
Chem. Werke Lubszynski & Co. A.-G. Berlin-Lichtenberg
Niederlage: D. Drägert, Lübeck, Fischstr. 34.
4885)

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie
von **Franz Mehring** — 2 Bände 16.— Mark
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Adreßkarten
werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Frau Schnatterich

10.

Die vollständige Beschreibung von Frau Schnatterichs Autoreise würde zu weit führen.

Wir begnügen uns damit, über einige ihrer Reisestationen zu berichten. Frau Schnatterich hat von den zauberhaften, buntfarbigen Tropfsteinhöhlen, den Feengrotten bei Saalfeld in Thüringen gehört, als eine von den Sachen, die man gesehen haben muß. Da sie ohnehin schon von sich selbst den Eindruck der Feenhaftigkeit hat, so denkt sie es sich besonders reizend, da mit ihrem zweistöckigen Auto hineinzufahren, und ist neugierig, was den anderen Besuchern mehr imponieren wird, die Grotten oder ihr Auto.

Das Hineinfahren ist nun allerdings nicht möglich, sie muß die 1 Kilometer lange unterirdische Wanderung zu Fuß machen, und angesichts der ganz unwahrscheinlich herrlichen Farbenpracht entschlüpfen ihr die Ausrufe „Schöner als wie gemalen" und „Gerade wie auf'm Theater".

Im Hotel aber schreibt sie der Kukirol-Fabrik einen langen Brief und beschwört sie, die Grotten zu pachten und darin überall Tafeln anzubringen mit der Inschrift: „Hühneraugen groß und klein, beseitigt Kukirol allein", was diese aber entrüstet ablehnt, denn sie will nicht mit verschiedenen Sekt- und Zigarrenfirmen auf eine Stufe gestellt werden, die mit ihren Reklametafeln die schöne Natur verschandeln.

Die Kukirol-Fabrik hat eine derartige Reklame auch nicht nötig. Die Kukirol-Fabrikate sind heute in der ganzen Welt bekannt, und ihre Qualität und die Weiterempfehlung von Mund zu Mund sind die beste Reklame für die beliebten und viel gekauften Präparate.

Das Kukirol-Fußbad ist für angeschwollene, brennende, schmerzende, ermüdete Füße ein wahres Labsal. Es kräftigt Nerven, Sehnen, Muskeln und Gelenke, und nach besonders großen Strapazen sollte man es nie vergessen, denn ein Kukirol-Fußbad erfrischt den ganzen Körper. Es verhütet die übermäßige Schweißentwicklung und den unausstehlichen Geruch und macht sich infolgedessen schon durch die Ersparnis an Strümpfen und Schuhen bezahlt, die sonst durch den Schweiß zerfressen werden. Das Kukirol-Hühneraugen-Pflaster beseitigt Hühneraugen, die so dick sind wie die Bretter, die nach der Meinung jeder politischen Partei alle anderen Parteien vor dem Kopfe tragen. Es verursacht auch keine Entzündung, weil es weder ätzende noch schädigende Bestandteile enthält. Solche Entzündungen bringen Höllenqualen und sind auch gefährlich, denn fortwährend werden uns Fälle berichtet, in denen nach Anwendung eines nachgeahmten Mittels das Hühnerauge herauseiterte, während es sich bei Kukirol sanft ablöst.

Achten Sie deshalb genau darauf, daß Sie wirklich das echte Kukirol erhalten. Da unsere in vielen Millionen Fällen bewährten Kukirol-Fabrikate sehr stark gekauft werden, so versuchen manche Firmen, durch Nachahmung unserer Packungen und Schutzmarke das Publikum zu täuschen.

Schützen Sie sich vor solchen Nachahmungen, indem Sie schon beim Einkauf auf den Namen Kukirol und die Schutzmarke „Hahn mit Fuß" achten.

Sie können für Ihr gutes Geld das Beste verlangen, und die Kukirol-Fabrikate sind die besten Fußpflege-Präparate.

Also Vorsicht, lieber Käufer, und recht genau auf den Namen Kukirol und die Schutzmarke „Hahn mit Fuß" achten.

Beide Präparate (Kukirol-Hühneraugen-Pflaster 75 Pfg. pro Schachtel, Kukirol-Fußbad 50 Pfg. pro Packung) sind in allen Apotheken und wirklichen Fachdrogerien vorrätig.

Wichtig! Verlangen Sie die aufklärende und lehrreiche Broschüre „Die richtige Fußpflege", die wir jedem Interessenten kostenlos und portofrei zusenden. Unsere, unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Einsendung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über Alles, was Fußpflege und Fußleiden betrifft.

Machen Sie von dieser Wohlfahrtseinrichtung recht regen Gebrauch.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Bestimmt zu haben: Drogerien: **G. F. Alm**, Holstenstraße 12: **F. Kayser**, Breite Straße 81; **A. Köster**, Breite Straße 15; **A. Prösch**, Mühlenstraße 29 und **J. J. Struve**, Breite Straße 95. (4846

Sozialpolitik

Kranke zahlen keine Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob krankenversicherungspflichtige Personen während der Zeit, in der sie arbeitsunfähig sind, Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu entrichten haben. Auf eine diesbezügliche Anfrage erteilte der Reichsarbeitsminister folgenden Bescheid:

Krankenversicherungspflichtige Personen haben während einer Zeit, in der sie wegen Arbeitsunfähigkeit Krankenkassenbeiträge nicht zu entrichten brauchen, Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge auch dann nicht zu leisten, wenn sie Gehalt oder Lohn von dem Arbeitgeber weiterbeziehen. Nach § 34 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt1, Seite 127) sind beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge diejenigen Arbeitnehmer, die auf Grund der Reichsversicherung oder des Reichsknappschaftsgesetzes für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind, und ihre Arbeitgeber. § 35 Abs. 1 a. a. O. bestimmt, daß die Beiträge als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen und mit diesen zu entrichten sind. Beide Vorschriften stellen es entsprechend dem Grundgedanken, daß die Einhebung der Beiträge zur Erwerbslosenforsorge in engster Anpassung an die Einziehung der Krankenkassenbeiträge erfolgen soll, lediglich darauf ab, ob eine Pflicht zur Leistung von Krankenkassenbeiträgen besteht. Wo diese fehlt, entfällt auch die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge.

Bestimmungen über die Berechnung des wöchentlichen Arbeitsverdienstes in der Invalidenversicherung.

Auf Grund des § 1245 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Verordnung über Beiträge und Leistungen der Angestellten- und Invalidenversicherung vom 16. April 1924 (Reichsgesetzbl. 1. S. 405) wird bestimmt:

§ 1.

Für die Zuteilung zu den Lohnklassen der **Invalidenversicherung** ist der tatsächlich in der Woche gezahlte Entgelt maßgebend.

Als wöchentlicher Arbeitsverdienst gilt:

bei zehntägiger Zahlung 9/18
bei monatlicher Zahlung 8/18
bei vierteljährlicher Zahlung 1/13
bei halbjährlicher Zahlung 1/26
bei jährlicher Zahlung 1/52

des gezahlten Entgelts.

Die auf den Entgelt anzurechnenden Gewinnateile und andere Bezüge, die der Versicherte gewohnheitsmäßig erhält, sind für die Berechnung des Arbeitsverdienstes nach dem zuletzt bezogenen Beitrag anzusetzen. Für Sachbezüge gilt der nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzte Wert.

Für unständig Beschäftigte (§ 441 der Reichsversicherungsordnung) gilt als wöchentlicher Arbeitsverdienst das Vierfache des Ortslohns.

§ 2.

Diese Vorschriften gelten mit Wirkung vom 1. Januar 1924. Mit dem gleichen Tage tritt die Bekanntmachung über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Invalidenversicherung vom 4. September 1923 (Reichsgesetzblatt 1, S. 364) außer Kraft.

Berlin, den 14. Juni 1924.

Indertouh beim Adegebe

Interview beim A. D. G. B.

Was müssen das für Kerle sein im Adegebe, hab' ich mir gedacht; überall, wohin man bei den Kapedisten hört, heißt's: „Lumpen", „Verräter", „Schwindler" usw. Diese Bande mußt du dir doch mal angucken. Ich frug gleich einen in der Versammlung, der das Maul recht weit aufriß, was das ist, der Adegebe. Er wußte es auch so genau nicht. Als ich ihm sagte, er sei doch auch ein Stück davon, wenn auch in achtmillionenfacher Verdünnung, da sah er mich saudumm an. Also auf nach Berlin! Ich gehe in die Inselstraße 6, wo sich diese Verräter ein schönes, großes Haus hingestellt haben, und treffe richtig gleich den Leimbarth an der Haustür. Ich frage, ob ich ihn mal inderwuhn könnte, wie man das Ausfragen auf deutsch nennt.

„Allemal," sagt er, „was wollnse denn wissen?"

„Nu, was treibt ihr denn so, ihr Brüder vom Adegebe?"

„Mir, hm, — ne sehnse, wenn ich früh komm, zieh ich erst mal gewärmte Filzschuhe an. Präsent von der Schuhindustrie. Dann trink ich Tee. Im Anschluß ärgere ich mich een bißchen über die Kapedisten, die uns das nicht gönnen. Inzwischen klingelt schon gewöhnlich ein Unternehmer oder die Regierung an, es werden jeden Tag einige tausend Arbeiter im Durchschnitt verraten. Dann gehn wir heim zum Essen. Nachmittags bei Stinnes, Ebert'n, Marx'n oder Severing und abends Abonnent irgendwo so um Berlin Mitte. Da hammses.

„Ja aber," wende ich ein, „da hat doch die Opposition ganz recht."

„Natürlich," sagte Leimbarth, „was dachten Sie denn?"

„Wie ist das so gekommen, dieses Benehmen?"

„Sehen Sie, das will ich Ihnen sagen." Er wurde ernst, und ich radiostenographierte jedes Wort.

„Daran ist eigentlich der Gewerkschaftskongreß schuld. Der hat doch bloß immer die in den Adegebe gewählt, wo nicht arbeiten wollen."

„Wieso denn das?"

„Nun, das ist doch klar. Er hat bloß immer die gewählt, wo schon so ihre dreißig, vierzig Jahre in der Bewegung stehen. Die hamm doch alle schon vor dreißig, vierzig Jahren gewußt, daß sie mal in den Adegebe kommen, und da hammse eben das Arbeiten verlernt. Aber richtig."

„Leimbarth", sage ich, „ist das die Wahrheit? Darf ich das schreiben?"

„Meinswegen können Sie es drucken lassen," witzelte er. Ich zeigte ein geistreiches Gesicht.

„Ja, ja, heute macht man es sich leichter," meinte Leimbarth, „heute braucht man nicht einige Jahrzehnte im Faulenzen erprobt zu sein, jetzt geht es einfacher." Er sah mich an: „Man klebt eine Marke in die Mitgliedskarte, reißt das Maul zweimal so weit auf, wie die Karte groß ist, und sofort darf man auf uns schimpfen. Je kürzer einer im Verband ist, um so klobiger kann er sein. Bei uns gings etwas schwieriger: Wir mußten ein Menschenleben zeigen, wer wir sind! Heute genügt ein gutes Organ und die Kenntnis einiger Fremdwörter."

„Aber die, wo Sie gewählt hamm? Sind das nicht die Schuldigen?"

„Menschenskind, das sind doch auch lauter Verräter, Arbeitsscheue und etcetera. Wer kommt denn auf so einen Kongreß? Die, wo selber nichts taugen."

„Aber das ist ja . . . . nun und die, wo die Delegierten zum Kongreß wählen?"

„Das ist die gleiche Sorte. Das fängt von unten an. Sie wissen doch: die Gewerkschafter wollen nicht arbeiten, viel Geld verdienen und die acme Industrie kaputt machen. Früher, so um 1890 rum, wo fast alle, die heute beim Adegebe sind, in die Bewegung traten, wurde man meistens schonungslos gemaßregelt, auf schwarze Listen gesetzt. Da lernten die Kerle so richtig das behagliche Hungern und Faulenzen. Das paßte denen ganz gut. Wenn er sich so sein Dutzend Jahre rumgeschlagen hatte, wurde er Lokalbeamter. Dann fängt er mit der Verräterei mal im kleinen an. Sie können sich denken, wie zart die Beziehungen zu dem Unternehmertum wurden, das ihn jahrelang wie einen Aussätzigen behandelt hatte." Leimbarth trank einen Schluck Tee: „Wenn er sich bewährte, wählte ihn sein Verbandstag in die Zentrale. Von da in den Adegebe ist es nicht mehr weit. Sie sehen, nur wirklich gediegene Brüder, die die Sache loshaben, kommen zu uns. Alles garantierte Verräter."

„Ja — aber — das — ist — ja"

„Fein, was? Ein Rattenkönig."

Es klingelte am Telephon.

„Hier Leimbarth vom Adegebe." „Guten Tag, Herr Minister." „So so". „Ach was! Die Kerls wolln nich 16 Stunden arbeiten?" „Holese doch die Schu-, Ne-, Si- und Popo!" „Wie?" „Ich komme gleich." „Stinnes ist auch da?" „Fein. Sorgen Sie für gutes Frühstück im Adlon." „Die Bande kriegen wir schon rin." „Wiedergieken."

„Sie sind ja recht vertraulich."

„Natürlich, die Brüder brauchen uns doch und wir sie. Wollen Sie noch was inderwuhn?"

„Eigentlich bin ich nun im Bilde. Mich schauderts. Hamm Sie mich auch nicht veralbert?"

„Sie sind aber komisch."

„Wissen Sie, das mit dem Gewerkschaftskongreß und so, das krieg ich nicht rund, da ist etwas nicht in Ordnung."

„Schreiben Sie nur, Ihre Leser werden es besser verstehen wie Sie." Das war nicht gerade höflich.

Es klingelte schon wieder.

„Hier Leimbarth vom Adegebe." „Ei, guten Tag, lieber Herr Borsig." „So?" „Ihre Arbeiter wollen mehr Lohn?" „Ach!" „Ja, haben die denn gar kein Interesse fürs Kapital?" „Gut, ich schicke einen raus, der soll die Sache beklassenkämpfeln." „Natürlich." „Wie immer, der Adegebe bekommt von dem, was wir den Arbeitern abschwindeln, 25 Prozent." „Gut." „Wir halten uns zur weiteren Verfügung."

„Sehen Sie, so müssen wir schuften, um der Schwerindustrie zu helfen."

Mir war die Spucke weggeblieben, ich konnte nicht mehr reden.

„So, nun haben Sie einen kleinen Einblick in unsere Tätigkeit. Die Kapedisten werden zwar schreiben, das wäre lange noch nicht alles, aber trösten Sie sich; für eine halbe Stunde dürfte das genügen."

Der Meinung war ich auch. Ich verabschiedete mich und faßte den Entschluß, dieses Erlebnis im „Volksblatt" festzunageln als ewige Warnung. Nur werde ich das Gefühl nicht los . . . .

Ach was, ein echter Indewuhner darf keine Gefühle haben.

Tedche.

Verantwortlich: Alfred Dreger, Lübeck, Johannisstr. 48, ptr.

Beilage des „Lübecker Volksboten"

Der Ortsausschuß

Offizielles Mitteilungsblatt des A. D. G. B., Ortsausschuß Lübeck

Nummer 3 | Mittwoch, den 2. Juli 1924 | 2. Jahrgang

Mitteilungen des Ortsausschusses

Tarifverträge sind in 2facher Ausfertigung an das Sekretariat zu liefern. Dieser Aufforderung ist umgehend Folge zu leisten.

*

Am 12. und 13. Juli hält das Vereinigte Trommler- und Pfeiferkorps vom 3. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Lübeck einen Kreis-Korpstag ab. Etwa 800—1000 Turngenossen werden von auswärts erscheinen. Wir bitten alle Gewerkschaftsgenossen, die für die Nacht vom 12. auf den 13. Juli einen der Turngenossen aufnehmen können und wollen, ihre Adresse auf dem **Gewerkschaftssekretariat, Johannisstr. 48 pt.,** bei den Gen. **P. Krell, Bismarckstr. 29 III, E. Neumann, Reiferstraße 38a, Friedr. Lender, Hundestr.,** anzugeben. **Genossen! Zeigt daß auch die Arbeiterschaft trotz aller widrigen Umstände unserer Zeit, ihre Tagungen abhalten kann. Wer ein Bett oder Schlafstelle für eine Nacht hat, der melde sich.**

*

Die Sammellisten für die Werft- und Bergarbeiter sind sofort abzurechnen.

*

Der Ortsausschuß Schwartau-Rensefeld ladet die hiesigen Gewerkschaften zu seinem am 10. August stattfindenden Gewerkschaftsfest ein. Wir ersuchen, um Entsendung von Fahnendeputationen und rege Beteiligung.

Der Vorstand des ADGB.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

A. Dr. Lübeck, 2. Juli 1924.

Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. Teichgräber, Syndikus des Bundes der Arbeitgeber für Lübeck und Umgegend, in der Nr. 8 vom 15. Mai der Mitteilungen der Handelskammer zu Lübeck, einen Artikel der zu wenig Objektivität aufweist, als daß er unwidersprochen bleiben könnte.

Einleitend führt Dr. T. an, daß die deutsche Industrie um ihre Existenz kämpfe und in großen Bevölkerungskreisen dieser Tatsache nur wenig Verständnis entgegengebracht werde.

Zweck seiner Ausführungen soll sein, die Notwendigkeit der **Mehrarbeit über den Achtstundentag hinaus zu beweisen** und die Einwände zu prüfen, die gegen eine Arbeitszeitverlängerung angeführt werden. Dr. T. gibt aber selbst zu, daß die Arbeitszeitverlängerung nicht das einzige Mittel ist, durch welches die Industrie wieder in Gang zu bringen sei. Die Industrie gehe alle Wege, die zur Produktionssteigerung führen. Untersuchen wir diesen Satz auf seine Richtigkeit hin. In der wichtigsten Industrie, dem Bergbau, haben wir folgendes zu verzeichnen: Der Oeffentlichkeit wurde neben anderen Zahlen vom Reichskohlenverband mitgeteilt, daß die Leistung pro Kopf und Schicht im Jahre 1913 883 Kilogramm, im Jahre 1921 dagegen nur noch 586 Kilogramm im Ruhrbergbau betragen habe. In Oberschlesien sei das Verhältnis noch ungünstiger.

Bei solchen Mitteilungen werden wichtige Momente verschwiegen, um die Oeffentlichkeit irrezuführen. Für die Leistungen im Bergbau ist entscheidend die Zahl der gelernten Bergleute (Hauer) und ferner die technischen und örtlichen Bedingungen. 1913 waren rund 52 Prozent der Gesamtbelegschaft Hauer. Bis zum Jahre 1920 war die Zahl auf 39 Prozent zurückgegangen.

Man hatte also eins der wichtigsten Mittel, die Produktion auf ihrem alten Stand zu halten, nämlich für einen brauchbaren und genügenden Nachwuchs zu sorgen, vernachlässigt.

Die Anregungen von den Arbeiterorganisationen, sogenannte Lehrkameradschaften zu bilden, wurden vom Unternehmertum sabotiert. Man erkennt schon an diesem einen Beispiel, was es mit der von Dr. T. aufgestellten Behauptung auf sich hat, das Unternehmertum gehe alle Wege, die zur Produktionssteigerung führen.

Doch suchen wir weitere „Beweise" für Dr. T.

Voraussetzung für eine stabile Produktion ist eine ausreichende und nahrhafte Ernährung. Um sich diese zuführen zu können, muß der Arbeitnehmer soviel verdienen, daß er sich die notwendigen Nahrungsmittel beschaffen kann, die erforderlich sind, nicht nur um leben zu können, sondern auch um die verbrauchten Körperkräfte zu erneuern.

Was hat das Unternehmertum getan, um eine solche Bezahlung herbeizuführen?

Obgleich man in Unternehmerkreisen über die nächsten Ereignisse auf dem Geldmarkt genau informiert war, hat man stunden- und tagelang um Lohnerhöhungen gefeilscht, gehandelt um Nullen, von denen man genau wußte, daß sie bei der Auszahlung nichts mehr bedeuteten.

Wollen Sie, Herr Dr. T., auch auf diesem Gebiete behaupten, daß die Unternehmer alle Wege der Produktionssteigerung gehen? Sehen Sie sich die heutigen Löhne einmal an.

Hat das Unternehmertum auf dem Gebiet des Wohnungswesens alles getan, um die produktionshemmenden Wirkungen unserer miserablen Wohnungsverhältnisse zu beseitigen?

Wer wagt heute diese Frage zu bejahen?

Hat nicht das Unternehmertum durch sein Verhalten gegenüber den Arbeitnehmern in Fragen der Mitbestimmung, der Sozialpolitik in ihrer ganzen Ausdehnung alles getan, um Unruhe und Unzufriedenheit in die Reihen der Arbeitnehmer zu tragen. Ist das Produktionssteigerung und das Beschreiten aller Wege, die zu ihr führen? Nichts wird von den sich überstürzenden Geldverhältnissen (Inflation) und die damit in der Arbeitnehmerschaft hervorgerufene Unsicherheit und Sorge um die Existenz gesagt. Nichts sagt dieser gelehrte Herr davon, daß die Beseitigung all der angeführten Momente, soweit sie bisher noch erfolgte, die Voraussetzung für eine Mehrung der Produktion ist. Bekannt sein dürfte es ihm allerdings auch. Herr Dr. T. wendet sich dann gegen den Urlaub. Kein Wort findet dieser Mann, der selbst auch nur Angestellter, bezahlte Arbeitskraft ist, für die zerrüttete **körperliche** Konstitution der Arbeitnehmer, die gebieterisch Erholungspausen erfordert. Die Vertretung eines solchen Standpunktes, wie ihn Herr Dr. T. einnimmt, bedeutet Raubbau an dem höchsten Gut der Nation, an der Arbeitskraft unseres Volkes. Das braucht natürlich ein Unternehmersyndikus nicht zu beachten.

Es würde zu weit führen, wollte man das Zahlenmaterial des Dr. T., welches die Leistungen betrifft, widerlegen, und das er ausschließlich Zeitungen und Zeitschriften der Arbeitgeber entnommen hat. Diesem Manne ist nicht bekannt, daß in vielen Berufen und Industrien die Leistungen nicht nur den Vorkriegsstand erreicht, sondern bereits überschritten haben.

Nehmen Sie, Herr Dr. T., sich nur einmal die einschlägige Literatur vor. Ich kann Ihnen einige nennen und stehe gern zu Diensten. Allerdings nur mit objektivem Material, nicht mit solchem, daß für bestimmte Zwecke der Unternehmer zusammengestellt ist. Herr Dr. T. versucht alsdann, die Einführung des Zweischichtensystems auf den Hüttenwerken zu verteidigen. Er geht über die infolge des Systemwechsels notwendigen Arbeiterentlassungen mit der Bemerkung hinweg, daß die „günstige" Lage

des Arbeitsmarktes den Entlassenen ein leichtes Unterkommen in andere Arbeit ermögliche. Günstige Lage des Arbeitsmarktes.

Wissen Sie, wie die Lage war zu der Zeit, da Sie Ihren Artikel schrieben, Herr Dr. T.?

Am 14. Mai hatten wir in Lübeck (an der Bevölkerungszahl gemessen war es in ganz Deutschland dasselbe Bild) 2859 Erwerbslose. Daneben waren die Werften geschlossen.

Heute sind es noch mehr als 2300, die zum Teil seit Monaten keinen Erwerb haben. Täglich werden Entlassungen vorgenommen. Das ist die günstige Lage des Arbeitsmarktes.

Fragen Sie doch einmal bei dem hiesigen Hüttenwerk, auf welches Sie doch anspielen, an, ob und in welchem Umfang sich die Produktionskosten durch den Wechsel in der Arbeitszeit vermindert haben.

Ungeheuerlich aber ist es, wenn Sie erwähnen, daß die eigentliche Arbeitszeit nach Abzug der Pausen nur 10 Stunden beträgt und hiervon der Schmelzer, d. h. der wichtigste Feuerarbeiter, nur 4½ bis 9½ Stunden tatsächliche Arbeit leistet.

Ich nehme an, daß Sie die Arbeit eines Schmelzers kennen, und daher sage ich noch einmal, es ist ungeheuerlich, der Oeffentlichkeit die Arbeit eines Schmelzers vorzuenthalten, wenn man ihn als Beispiel heranzieht. Das überhaupt kein Mensch in der Lage ist, die Arbeit eines Schmelzers 9—10 Stunden ohne Unterbrechung, — wenn die technischen Vorbedingungen gegeben wären — zu leisten, hätten Sie als objektiver Mann zum mindesten erwähnen müssen. Wenn Sie, Herr Dr. T., ferner der Meinung sind, daß trotz jahrelanger Unterernährung, trotz noch jetziger ungenügender Beköstigung, erst mehr produziert werden muß, ehe eine bessere Lebenshaltung eintreten kann, so paßt diese Ansicht in den ganzen Kram Ihres Artikels hinein. Neu ist diese Behauptung nicht, sondern Sie plappern nur nach, was Ihre Brotherrn vorgesagt haben. Der verlorene Krieg und die Nachkriegszeit mit ihren Wirren gestatten keine Rückkehr zur Lebenshaltung der Vorkriegszeit.

Topp, Herr Dr. T., das gilt.

Das sagen Sie Ihren Kreisen. Sagen Sie Ihnen, daß auch beim Unternehmertum Entbehrung und Einschränkung durchgeführt werden müssen, da bei der Arbeitnehmerschaft diese beiden Erscheinungen seit Jahren stabilisiert sind.

Da Sie sich noch an den Gewerkschaftsführern besonders reiben, so will ich Ihnen zum Schluß nur das eine sagen: „ein Arbeitnehmervertreter dürfte nicht so plump die Interessenvertretung seiner Auftraggeber vornehmen, dann würden Sie und Ihre Kreise Zeter und Mordio schreien und unsere Organisationen würden einen solchen — — Mann davonjagen." Sie, Herr Dr. T., haben sich mit Ihrem Artikel in den Augen eines jeden objektiven Menschen keine Ehre eingelegt. Selbstentmannung und Selbstentwürdigung sind keine Mittel, um auf die Dauer eine Position zu behaupten.

Ich habe die Ehre, Herr Dr. Teichgräber.

Gewerkschaftliche Rundschau

Brauchen wir noch Gewerkschaften?

Die Unternehmer sind sehr erfreut darüber, daß die bis vor kurzem übliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch die gewerkschaftlichen Organisationen für größere Bezirke oder für ganze Berufe jetzt vielfach abgelöst worden ist durch sogenannte Werkverträge, die nach Verhandlungen mit „ihren Arbeitern" zustandegekommen sind. Diese Aenderung in Verbindung mit der Ablösung des Dreischichtensystems durch das Zweischichtensystem, also die Ablösung des Achtstundentages durch den Zehnstundentag — oder durch noch längere Arbeitszeit — bezeichnete die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung vor kurzem sogar als Götterdämmerung.

Wir können die Freude der Unternehmer wohl verstehen. Sie haben in der Tat sehr viel Ursache dazu. Für die Arbeiterschaft aber ist die Sache nicht so erfreulich, und ein erheblicher Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Zeit der Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Zentralstellen der Gewerkschaften auf diese nicht genug schimpfen konnten, werden inzwischen wohl eingesehen haben, daß die Gewerkschaften denn doch noch keine so ganz überflüssigen Einrichtungen sind, daß man zur Vertretung und Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft ganzer Berufe und einzelner Betriebe auch heute noch des Zusammenhalts der Arbeiter und Arbeiterinnen bedarf und auch heute noch Körperschaften benötigt, die unabhängig von den Unternehmern diesen gegenübertreten können. Dies ist sogar jetzt und für die absehbare Zukunft notwendiger denn je,

Die persönliche Teilnahme des Unternehmers an dem einzelnen Arbeiter ist in der Regel sehr gering. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit ist dies ganz besonders der Fall. Das wissen die Arbeiter auch, und sie haben deshalb eine begreifliche Scheu, sich persönlich unbeliebt zu machen. Das geschieht aber, wenn sie persönlich beim Betriebsinhaber Forderungen auf günstigere Arbeitsbedingungen stellen oder mit ihm über die Bedingungen verhandeln, die der Unternehmer ihnen gestellt hat. Die Aussicht auf die unmittelbaren Folgen für diejenigen Betriebsangehörigen, die diese Verhandlungen führen, veranlaßt recht oft zu begreiflicher Zurückhaltung. Das aber wissen die Unternehmer. Sie verhandeln ja gerade deshalb so gern mit „ihren" Arbeitern.

Die Unternehmer haben wirklich allen Anlaß, von einer „Götterdämmerung" zu reden. Es besteht für sie tatsächlich Aussicht auf eine bessere Zeit, nämlich auf günstigere Gelegenheit zur Ausbeutung der Kraft der männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, wenn die Ablösung der bisherigen Art der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch sogenannte Werktarife weiter um sich greift. Dann mehrt sich nämlich für sie die Gelegenheit zur **Einschüchterung der Arbeitskräfte** in den einzelnen Betrieben und es mehren sich die Fälle, wo der eine Betrieb gegen den anderen ausgespielt werden kann, selbst dann, wenn die Angaben über die einzelnen Betriebe auf unbewußten oder bewußten Irrtümern beruhen.

Wo die Arbeiterschaft durch **Beauftragte der Gewerkschaften** bei Verhandlungen vertreten wird und wo die Verhandlungen nicht nur betriebsweise erfolgen, ist einmal solche Täuschung nicht möglich, die Organisationsvertreter, die den einzelnen Unternehmern gegenüber unabhängig sind, können auch ganz anders gegen diese auftreten, als es von dem im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter und Angestellten seinem unmittelbaren Arbeitgeber gegenüber in der Regel geschieht. Vom Werktarif bis zur Bildung sogenannter gelber Werkvereine ist übrigens nur noch ein Schritt. Auch aus diesem Grunde sollte die Arbeiterschaft die Entwicklung auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsbedingungen sehr kritisch betrachten. Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben bedürfen zur Wahrung und Vertretung ihrer Sache

Werbt für die freie Gewerkschaftsbewegung!
Große Kämpfe stehen uns bevor!
Nur einig und geschlossen sind wir stark!
Jeder tue seine Pflicht!

nicht nur des Zusammenhalts, sie bedürfen auch einer Stelle, die bei entscheidender Gelegenheit Wortführer für sie ist.

Dies ist ganz besonders der Fall in der gegenwärtigen Zeit, wo recht oft die Betriebsleiter gar nicht die unmittelbaren Unternehmer sind und wo oftmals ein persönlicher Unternehmer überhaupt nicht in Frage kommt, wie bei Aktiengesellschaften. Wenn in diesen Fällen Werkabmachungen zustande kommen, dann doch nur nach Vereinbarungen mit Personen, die nur im Auftrage von Personen oder von Körperschaften handeln, in ihren Entscheidungen nicht selbständig sind und auch Ursache genug haben, sich nicht allzu nachgiebig zu zeigen, weil auch sie in Abhängigkeit leben und sich nicht unbeliebt machen dürfen.

In diesen Fällen, die recht häufig sind, stehen also Beauftragte von Personen und Körperschaften den Vertretern der in den einzelnen Betrieben beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten gegenüber. Es trifft also gar nicht zu, daß durch Werktarife oder wie die Abmachungen für einzelne Betriebe immer heißen mögen, das patriarchalische Verhältnis früherer Zeiten wieder hergestellt werden kann. Dafür fehlen heute die Voraussetzungen. Um so notwendiger ist es deshalb, daß auch zur Vertretung der Belange der Arbeiter und Angestellten eine unpersönliche Stelle vorhanden ist, die den Ueberblick besitzt über die allgemeine Lage der Wirtschaft, über die Kräfte, die in der Wirtschaft um ihre Daseinsbedingungen ringen und die wirtschaftlich unabhängig von der Leitung der einzelnen Betriebe wie von dem Einfluß des organisierten Unternehmertums die Sache der Arbeitnehmerschaft vertreten kann.

Wenn irgend etwas die Notwendigkeit **starker und leistungsfähiger Gewerkschaften beweisen kann,** dann sind dies die Erfahrungen, die in der letzten Zeit gemacht worden sind. Auch auf diesem Gebiete hat sich wieder die Wahrheit des Sprichwortes bewiesen: **Durch Schaden wird man klug!**

Gertrud Hanna.

Streikstrategie.

Unter dieser Ueberschrift bringt Der kommunistische Gewerkschafter einen Artikel, in dem u. a. folgende Sätze zu finden sind:

Welche Faktoren sind von der Proklamierung des Streiks eventl. bereits bei Aufstellung der Forderungen zu berücksichtigen?

a) Auf seiten der Arbeiterschaft gilt es in erster Linie, die materielle und moralische Kampfkraft der beteiligten Arbeiter zu prüfen. Dabei ist das Organisationsverhältnis zu berücksichtigen, nicht nur im Hinblick auf die Zahl der Organisierten und Unorganisierten, sondern auch das Vorhandensein unternehmerfreundlicher Organisationen, ausgesprochener Streikorganisationen (Teno usw.), die Barmittel, über die die Kämpfenden verfügen, die Hilfsquellen, die durch Sammlungen unter der Arbeiterschaft, abhängigen Kleinbürgern und eventuell Kleinbauern erschlossen werden.

b) Im Unternehmerlager muß die allgemeine Konjunktur, die Dringlichkeit der Aufträge, das Organisationsverhältnis der Unternehmer und ihre finanzielle Leistung untersucht werden.

c) In vielen Streiks ist auch das Stadium der sogenannten öffentlichen Meinung und der gesamten politischen Verhältnisse von großer Wichtigkeit.

Es kommt also nur darauf an, in jedem korrekten Fall vor einer Entscheidung die in Betracht kommenden Umstände sorgfältig zu prüfen. In dieser Beziehung wird noch viel gesündigt. Besonders die Kommunisten, die bei Lohnbewegungen eine führende Rolle spielen, müssen sich darüber klar sein, daß die revolutionäre Strategie sich nicht einfach darin erschöpft, daß man stets das Gegenteil von dem tut, was ein reformistischer Bonze vorschlägt. Ein „reformistischer Bonze" kann nichtsdestoweniger in bestimmten Fällen Maßnahmen vorschlagen, deren Befolgung für die Arbeiter durchaus nützlich ist. Aber wir müssen stets nüchtern die Lage prüfen und das Gute nehmen, wo wir es finden."

Für die Gewerkschaftsbewegung wäre es ein nicht zu unterschätzender Vorteil, wenn die Anhänger Moskaus diese „Richtlinien" auch befolgen würden. Die Erfahrung hat uns bis jetzt anderes gelehrt. Gerade wenn die „Reformisten", um im kommunistischen Jargon zu sprechen, im Sinne dieser „Streikstrategie" gehandelt haben, sind sie Verräter der Arbeiterklasse genannt worden, abgesehen von anderen Freundschaftsbezeugungen, die man ihnen übermittelte. Doch der Verfasser des obigen Artikels scheint seine Genossen auch zu kennen. H. J.

Betriebsrätefragen

Aufsichtsrat und Betriebsrätegesetz

nach der jüngsten Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Von Dr. W. Kiesel.

Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft in der kommenden Zeit durch Erfüllung des Versailler Vertrages gestellt sind, werden so ungeheuer sein, daß sie nur auf der Grundlage einer von der gesamten Volksgemeinschaft getragenen Wirtschaftspolitik und im Rahmen eines wirklichen inneren Wirtschaftsfriedens gelöst werden können. Die Leistungen, die von den einzelnen Betrieben verlangt werden, werden nur vollbracht werden können unter der Voraussetzung einer gewissen Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, eines Geistes der Einheit, Zusammenarbeit und Duldung, wie ihn die unter dem Druck des verlorenen Krieges gegründete Zentralarbeitsgemeinschaft zur Aufgabe gemacht hatte. Man kann sich angesichts der jüngsten Großstreiks und Aussperrungen der Empfindung nicht verschließen, daß dieser Grundsatz mehr und mehr zu einer Fiktion geworden ist. Daher ist es zu begrüßen, wenn die höchstrichterliche Rechtsprechung auf vorliegendem Gebiete, das kaum wie ein anderes Gegenstand von Differenzen geworden ist, und auf dem sich ein gut Teil des wirtschaftlichen Machtkampfes zwischen Kapital und Arbeit abspielt, wenigstens zum Teil eine Klärung herbeiführt, und getragen von dem Willen größter Objektivität die beiden Seiten gezogenen Grenzen bestimmt hat, leider, das muß gesagt werden, nicht mit einer genügenden, alle Differenzen ausschließenden Präzision. Immerhin wird nunmehr ein großer Teil des Kampfes auf diesem Gebiete aus den Betrieben herausverlegt und den Parlamenten das Wort verliehen, soweit es sich um die geforderte Erweiterung oder Einschränkung gesetzlicher Rechte handelt.

Das erst im Januar dieses Jahres ergangene Urteil des Reichsgerichts nimmt zu den verschiedensten seit dem Erlaß des Betriebsrätegesetzes und des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsrätemitgliedern in den Aufsichtsrat (AR.) entstandenen Differenzen Stellung. In der Sache handelte es sich um den Versuch eines Unternehmens, den Betriebsratsmitgliedern durch die Satzung die gesetzliche Befugnis und die Möglichkeit zu verbauen, sich vor versammelten AR. aussprechen zu können. Nach der in Frage stehenden Satzung brauchte sich der AR. nur zu versammeln, wenn die Geschäfte seine Einberufung erheischten — eine Bestimmung, die einer schikanösen Ausschaltung der Betriebsratsmitglieder natürlich Tür und Tor öffnete — oder wenn sie von 3 Mitgliedern des AR. oder von dem Vorstande verlangt wurde, so daß die Betriebsratsmitglieder, deren Zahl nur 2 beträgt, die Sitzung nicht erzwingen konnten; endlich durften die Beschlüsse nach Entscheidung des Vorsitzenden auf schriftlichem, telegraphischem und telephonischem Wege gefaßt werden. Dadurch wurde natürlich erreicht, daß der Vorstand jede Sitzung des AR. verhindern konnte und daß die Ausübung der Rechte, die das Gesetz den Arbeitnehmern einräumt, nur der wohlwollenden Gesinnung des Arbeitgebers im Einzelfalle überlassen blieb. Das Reichsgericht hat diese Satzungsbestimmung als nicht mit dem Gesetz vereinbar erklärt und ausgesprochen, **daß es durch die Satzung unmöglich gemacht werden muß, die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer zu vereiteln, daß darum die Geschäftsordnung des AR. eine Bestimmung enthalten muß, die die Abhaltung von Sitzungen vorschreibt.** Hiernach garantiert das Reichsgericht den Arbeitnehmern, daß eine Sabotage ihrer gesetzlichen Errungenschaften nicht erfolgt. Berechtigten Wünschen des Arbeitgebers wird es durch die Einschränkung gerecht, daß **„die Anforderungen einer zeitgemäßen und zweckentsprechenden Regelung die Grenze für die Rechte der Betriebsratsmitglieder zu bilden haben".** Diese Einschränkung entbehrt leider der genügenden Präzision; denn sie läßt bezüglich der Zahl, des Zeitpunktes der Sitzungen, der Art der Geschäftsführung in ihnen Raum zu schweren Reibungen. Alles andere als ausgleichend wirkt der im Zusammenhang hiermit ausgesprochene Satz, daß **„das Verlangen der Betriebsräte nach fortgesetzter Beteiligung an den Arbeiten des Aufsichtsrates zurückgewiesen"** werden müsse. Durch diesen Satz werden Zweifel in die Handhabung der Geschäfte des Aufsichtsrats hineingetragen, die nach dem Gesetz überhaupt nicht bestehen, und es wäre im Interesse der Erhaltung des Betriebsfriedens besser gewesen, wenn sich das Reichsgericht nicht zu diesem Satze verstiegen hätte. Die dem Aufsichtsrat gesetzlich auferlegten Pflichten stehen ihm als geschlossenem Organ zu. Daß die Betriebsratsmitglieder wirkliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind und darum Recht und Pflicht zur Erfüllung sämtlicher Obliegenheiten des Aufsichtsrates haben — trotz der allerdings leicht mißverständlichen Fassung des Gesetzes, das ihnen die Vertretung der Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer zuweist — ist die herrschende Meinung der gesamten Fachliteratur. Der in § 70 Betriebsrätegesetz angeführte Zweck der Entsendung von Arbeitnehmern in den Aufsichtsrat bedeutet in keiner Weise eine Beschränkung der rechtlichen Stellung der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. Der Wirkungskreis der vom Betriebsrat entsandten Mitglieder ist kein anderer als der der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Mitglieder, sind nicht nur Arbeitnehmerdelegierte. Darum kann der fragliche Satz des Urteils auch nicht im Sinne einer Einschränkung der Rechte der Betriebsratsmitglieder verstanden werden, sondern er kann nur bedeuten, daß ihnen hinsichtlich der fortgesetzten Beteiligung keine größeren Rechte eingeräumt zu werden brauchen, als den andern Mitgliedern des Aufsichtsrates. Wie das Aufsichtsrecht dem Aufsichtsrat nur als geschlossenem Organ zusteht, nicht dem einzelnen Mitgliede, nur der einzelne kraft Delegation des Gesamtorgans zur Ausübung der Aufsicht tätig werden kann; so besteht allerdings praktisch die Möglichkeit, wie jedes andere Mitglied, so auch die Betriebsratsmitglieder des Aufsichtsrates durch Nichtwahl in spezielle Kontrollausschüsse auszuschalten. Doch auch hier muß von einer Ueberspannung gewarnt werden, da auch gegen diese Methode als unter Umständen gegen das Gesetz verstoßend Mittel und Wege gegeben sind. „Immer ist daran festzuhalten, daß der Gesellschaft gegenüber der Aufsichtsrat ein einheitliches Organ bildet, dessen sämtlichen Mitglieder mit der Sorgfalt ordentlicher Geschäftsführung die Pflicht der Ueberwachung und ebenso alle diejenigen Geschäftsführungspflichten, die ihnen die Satzung auferlegt, zu erfüllen haben." (Staub.) Eine Verkümmerung ihrer Rechte auf diesem Wege würden die Betriebsratsmitglieder durch Berufung auf §§ 95, 99 des Betriebsrätegesetzes begegnen können, daß den Arbeitgebern und ihren Vertretern untersagt, die Arbeitnehmer in der Ausübung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu beschränken und Zuwiderhandlungen mit Strafe belegen. — Zuzustimmen ist dem Urteil des Reichsgerichts in seiner Feststellung, daß ein Unternehmen nicht genötigt ist, die seinen Aufsichtsrat betreffenden Satzungsvorschriften so zu schaffen, zu belassen oder zu ändern, daß sie anderen als den Aktien- oder sonstigen rechtlichen Bestimmungen Genüge leisten, daß es insbesondere nicht verpflichtet ist, dem Aufsichtsrat solche Aufgaben zuzuweisen, die die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer (Beamten) und ihre Ansichten hinsichtlich der Organisation der Betriebe betreffen, daß es sogar nicht gehindert ist, dem Aufsichtsrat, wenn er solche Geschäfte bisher zu erledigen hatte, dieser **wieder zu entziehen und andern Organen zu überweisen,** auch wenn es in der Absicht geschieht, eine Mitwirkung der Betriebsratsmitglieder möglichst zu unterbinden. (Feststellung von Dienstanweisungen, Dienstvorrichtungen, Aufnahme, Suspension, Entlassung und Besoldung von Personal usw.) Solange aber dem Aufsichtsrat diese ihm satzungsgemäß übertragenen Geschäfte obliegen, ist ein Ausschluß der Betriebsratsmitglieder von ihnen unzulässig. Unzulässig ist auch jeder Ausschluß von allen Geschäften, die gesetzlich dem Aufsichtsrat als Mindestmaß seiner Obliegenheiten auferlegt sind.

Denkt an unsere Arbeiterbank!

Jede nicht sofort benötigte Mark ist bei der Bankabteilung der G. A. G. (Arbeitsbaugenossenschaft) zu hinterlegen.

Die Beträge der Lokalkassen sind unserer Arbeiterbank zuzuführen. Der Ueberweisungsverkehr hat durch die Bankabteilung der G. A. G. zu erfolgen.